



Politischer Jahresbericht 2004/2005 - Nordamerika

Büro Washington DC

1. Zusammenfassung

Der Berichtszeitraum war vom Wahlkampf um Präsidentschaft und Kongress bestimmt, sowie von den ersten Schritten der neuen Administration.

Im Wahlkampf war der demokratische Herausforderer John Kerry letztlich nicht in der Lage, in den entscheidenden Politikfeldern gegenüber Präsident Bush zu überzeugen. Insbesondere die Fokussierung auf die Themen "Innere Sicherheit" und "Kampf gegen Terror" kam George W. Bush zu Gute, der auf diesen Feldern die höchsten Zustimmungswerte hatte. Kerry konnte weder in den entscheidenden Staaten, vor allem Florida und Ohio, noch bei den entscheidenden Wählergruppen den nötigen Vorsprung gegenüber dem Amtsinhaber herausarbeiten. Die Wahl geriet für die Demokraten insgesamt zum Fiasko, da sie nicht nur die Präsidentschaftswahl verloren, sondern sich seitdem zugleich mit einer noch deutlicheren republikanischen Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses konfrontiert sehen.

Frühzeitig im Anschluss an die Wiederwahl von George W. Bush und die neuen erweiterten Mehrheitsverhältnisse im Kongress zeichnete sich die Ausrichtung der "neuen" Administration ab. Dabei wurde der bisherige außen- und sicherheitspolitische Kurs, auch angesichts des deutlichen Wahlsieges, beibehalten und teilweise verschärft. Eine Reihe von Personalumbesetzungen und -versetzungen brachte die gesamte Administration weiter "auf Linie". Auch inhaltlich sind keine wesentlichen Änderungen erfolgt, obgleich sich der Tonfall, insbesondere gegenüber der EU, etwas erwärmt hat. Dazu trug der Europa-Besuch des Präsidenten im Februar 2005 bei sowie das klare Bekenntnis zu einem starken Europa im Anschluss an das gescheiterte französische Referendum über die EU-Verfassung bei. In den USA werden Hoffnungen auf eine Verbesserung der transatlantischen Beziehungen auch mit einem möglichen Wechsel der Regierungschefs in Deutschland und eventuell in Frankreich verbunden.

Gleichzeitig sind deutliche Anzeichen vorhanden, dass sich die Rahmenbedingungen, unter denen die neue Administration agiert, gegenüber der ersten Wahlperiode verändert haben. Zum einen zeigen sich zunehmend, und erstmals seit der Präsidentschaft von George W. Bush in dieser Deutlichkeit, Bruchlinien in der republikanischen Partei. Dies ist einerseits auf eine Politik der Administration zurückzuführen, welche die Interessen des Kongresses oftmals ignoriert hat und gegen die sich nun - nach der gewonnenen Wahl - auch auf republikanischer Seite erster Protest rührt. Zugleich wird deutlich, dass die republikanische Partei aus zahlreichen Flügeln besteht, und die ersten Anzeichen für den Konflikt um die zukünftige Ausrichtung der Republikaner nun an die Oberfläche dringen. Dies betrifft insbesondere die Frage, wer 2008 für die Republikaner als Präsidentschaftskandidat ins Rennen

gehen wird. Die Debatte darum kann in der Zukunft zu einer echten Belastungsprobe für die Partei werden. Exemplarisch sind erste Konflikte zwischen Senator Frist, der sich zum Sprachrohr der christlichen Rechten aufgeschwungen hat, und Senator McCain, welcher für die gemäßigte Ausrichtung der Partei steht. So gelang es republikanischen Senatoren um Senator Frist nicht, die Filibuster-Regel im Senat - ein Mittel zur Wahrung der Rechte der politischen Minderheitspartei und einzelner Senatoren - einzuschränken. Der Versuch scheiterte letztlich an Widerstand aus den eigenen Reihen, und an mangelnder Unterstützung aus der Bevölkerung.

Insgesamt schlägt der Administration von Seiten der US-Bevölkerung seit einigen Monaten Unmut entgegen. Nach Umfragen vom Juni 2005 beurteilt erstmals die Mehrheit der US-Amerikaner die Politik der US-Regierung auf allen wesentlichen Politikfeldern negativ. Einzige Ausnahme ist der Kampf gegen den Terror - das klassische Kompetenzfeld von George W. Bush - , doch auch hier sind die Zustimmungswerte geringer als je zuvor (52 % sind mit der Arbeit des Präsidenten auf diesem Feld zufrieden). Erstmals glaubt auch eine Mehrheit der US-Amerikaner, der Krieg gegen den Irak habe die USA nicht sicherer gemacht, und selbst Verteidigungsminister Rumsfeld hat im Juni 2005 geäußert, dass die Situation im Irak derzeit gefährlicher und unsicherer ist als direkt nach dem offiziellen Kriegsende.

Am deutlichsten ist die Kritik der Bevölkerung in Bezug auf das wichtigste innenpolitische Thema der letzten Monate: die Pläne der Administration zur Privatisierung des Sozialversicherungswesens. . Zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger waren im Juni 2005 gegen diesen Schritt. Dies ist für die Regierung ein besorgniserregender Mangel an Zustimmung besonders angesichts der Tatsache, dass die Aufmerksamkeit der Bevölkerung sich seit der Wahl zunehmend wieder innenpolitischen Themen zugewendet hat. .

Diese Umfrageergebnisse sagen zwar nichts über eine korrespondierende Zustimmung gegenüber den Demokraten aus, dennoch hat die demokratische Partei aufgrund der fortgesetzten konservativen Agenda der neuen Administration zu einer bemerkenswerten Geschlossenheit gefunden. Allerdings beruht diese Geschlossenheit bislang nicht auf gemeinsamen politischen Initiativen und Vorstellungen, sondern auf dem geschlossenen Widerstand gegenüber einzelnen Schritten der Administration und der republikanischen Partei. Hinter den Kulissen und teilweise offen ordnen sich auch bei den Demokraten die verschiedenen Flügel und bringen sich mit Blick auf den nächsten Präsidentschaftswahlkampf in Position. So macht Howard Dean als neuer Chef der demokratischen Partei wiederholt mit scharfen Attacken gegen die Republikaner von sich reden, aber auch Senatorin Hillary Clinton, Senator Biden, Senator Edwards und der Gouverneur von Virginia, Mark Warner, setzen eigene Akzente.

Auf der umweltpolitischen Tagesordnung der US-Regierung steht insbesondere die dauerhafte Sicherung der Energieversorgung der Vereinigten Staaten. Hierbei geht es um zunehmende Unabhängigkeit von Erdöl aus dem Mittleren Osten und um die Stärkung der nationalen Energieproduktion. Der Energie-Gesetzesentwurf aus der ersten Amtszeit wurde im Frühjahr 2005 erneut in beide Kammern des US-Kongress eingebracht und befindet sich im Sommer 2005 im Vermittlungsausschuss. International wie auch innenpolitisch geriet Präsident Bush zunehmend unter Druck, seine Position zum Klimawandel zu ändern und eine nationale Strategie zur Reduzierung von Treibhausgasen anzunehmen. Internationale Bemühungen in Vorbereitung auf den G-8-Gipfel im schottischen Gleanagles liefen jedoch weitgehend ins Leere. Innenpolitische Prozesse im US-Kongress, auf Ebene der Bundesstaaten und in der Wirtschaft schreiten

voran, ohne bislang jedoch Politikveränderungen in der Exekutive zu bewirken.

Den umfassenden Reformprozess der Vereinten Nationen, über den während des Millennium+5-Gipfels in New York im September 2005 entschieden werden soll, begleiten die USA mit Skepsis. Sie unterstützen zwar Reformen hinsichtlich Korruption und Missmanagement im VN-Sekretariat sowie zur Aufklärung von Fehlverhalten im Bereich von VN-Friedensmaßnahmen, halten sich jedoch zurück bei der Frage der Erweiterung des Sicherheitsrats. Im Zusammenhang mit den Anstrengungen zur Armutsbekämpfung erklärten sich die USA beim G-8-Gipfel in Gleneagles und im Vorfeld der Millennium+5-Gipfels dazu bereit, die finanzielle Hilfe für Afrika zu erhöhen.

In der Handelspolitik ist es der Bush-Administration zum Sommer 2005 endlich gelungen, zumindest im Kongress dank der bevorstehenden Ratifizierung des Zentralamerikanischen Freihandelsabkommens CAFTA-DR die Stagnation des letzten Jahres, u.a. hinsichtlich der US-Initiative für einen gesamtamerikanischen Freihandelsblock, zu beenden. Allerdings ist in den Vereinigten Staaten die kritische Debatte um den Nutzen bzw. Schaden eines erweiterten internationalen Handels für US-Arbeitsplätze (Stichwort: offshoring und outsourcing) noch lange nicht verstummt, sondern im Gegenteil eher gewachsen. Eine Verschärfung der Diskussion - mit politisch weitreichenden Folgen - ist auch im Zusammenhang mit einer Reduzierung der US-Agrarsubventionen zu erwarten, die Präsident Bush im Rahmen seines Budgetentwurfs für 2006 sowie beim G8-Gipfel in Gleneagles in Aussicht gestellt hat. . Obwohl dies in Zeiten eines wachsenden US-Haushaltsdefizits mittelfristig unumgänglich und international notwendig ist, um Handlungsspielraum in der laufenden WTO-Verhandlungsrunde zu gewinnen und bis Ende 2006 zu einem Abschluss zu kommen, kann sich Präsident Bush keinesfalls der notwendigen Unterstützung seiner politischen Parteifreunde aus dem Mittleren Westen wie US-amerikanischen Süden (vor allem Florida) für diese schmerzhaften Kürzungen sicher sein - das ländliche Amerika stellt die „moralischen Mehrheit“ der christlichen Konservativen, denen Bush seine Wiederwahl verdankt.

In der internationalen Finanzpolitik nutzte die Bush-Administration im Frühjahr 2005 die sich ihr - trotz anfänglicher Opposition aus europäischen Hauptstädten - bietende Chance, mit Paul Wolfowitz einen engen Bush-Vertrauten und neokonservativen Architekten des Kriegs im Irak - als Nachfolger des Mitte des Jahres ausgeschiedenen Weltbank-Präsidenten James Wolfensohn zu etablieren. Noch ist Wolfowitz zu kurz im Amt, um zu erkennen, welche Akzente er setzen wird. Gleichzeitig sind im Berichtszeitraum die Chancen globaler Entwicklungspolitik gewachsen, unter anderem durch die Verpflichtung der G8, inklusive der USA, den multilateralen Schuldenerlass auszuweiten sowie die Entwicklungshilfe vor allem für die ärmsten Länder Sub-Sahara Afrikas zu erhöhen.

2. Zentrale Entwicklungen und politische Situation

2.1. Außen- und Sicherheitspolitik und Transatlantische Beziehungen

US-Präsidentenwahlkampf

Der Präsidentenwahlkampf und die damit verbundenen Wahlkampfthemen dominierten die inneramerikanische Debatte ebenso wie die transatlantische Debatte bis Ende 2004. Nachdem sich Senator John Kerry als Herausforderer von Präsident Bush durchgesetzt hatte, stand vor allem die Debatte um die Besetzung des Irak im Vordergrund. Dabei lieferten neben der wachsenden Bedrohung für die US-Truppen sowie für Ausländer und Iraker, die mit den US-Amerikanern für den Wiederaufbau des Landes zusammenarbeiten, vor allem die Berichte um Folterungen im irakischen US-Gefängnis Abu Ghraib Stoff für politische Auseinandersetzungen. Auch die Tatsache, dass weiterhin keine Massenvernichtungswaffen gefunden wurden und die daraus folgenden grundsätzlichen Fragen zur Rechtfertigung des Krieges sowie die Qualität amerikanischer Geheimdienstinformationen und deren Stellenwert für politische Entscheidungen der US-amerikanischen Außenpolitik wurde kontrovers diskutiert. Vor dem Hintergrund des wachsenden US-Haushaltsdefizites kamen auch die hohen Kosten des Irak-Krieges bzw. des Wiederaufbaus zur Sprache. Die weitgehende Zurückweisung von Bedenken und Einschätzungen demokratischer Kritiker hinsichtlich der Kosten des Krieges und des Wiederaufbaus durch Verteidigungsminister Donald Rumsfeld fiel negativ auf die Administration zurück. In diesem Zusammenhang präsentierte sich John Kerry als Kandidat, der in der Lage sein würde, die „ehemaligen“ Alliierten (wie Deutschland und Frankreich) in die Irak-Politik einzubinden, und damit für eine militärische und finanzielle Entlastung der USA zu sorgen.

Auch wenn Howard Dean, der frühere Gouverneur von Vermont, den Kampf um die Nominierung zum demokratischen Präsidentenwahlkandidaten verlor, wird er dennoch von den meisten Demokraten als derjenige gesehen, der die demokratische Partei in zahlreichen Punkten gegen die Administration klar positionierte. Mit seiner scharfen Kritik am Irak-Krieg formulierte er, was viele dachten, aber nicht auszusprechen wagten. Dies ist einer der Gründe, weshalb er im Februar 2005 zum neuen Parteivorsitzenden der Demokraten gewählt wurde. Senator John Kerry hingegen wurde von der demokratischen Mehrheit als wählbarer angesehen, da man ihm auch zutraute, die entscheidende politische Mitte zu gewinnen. Er wirkte als Vietnam-Kriegsveteran standfester und konnte zugleich auf den Positionen von Howard Dean aufbauen. Thematisiert wurden von Kerry vor allem die unauffindbaren Massenvernichtungswaffen sowie die unbefriedigende Sicherheitslage im Irak. Zudem kritisierte er die mangelnden diplomatischen Fähigkeiten der Bush-Regierung, welche sich durch das Fehlen entscheidender Verbündeter im Irak ausdrückten. Das Signal Kerrys an europäische Staaten wie Deutschland und Frankreich zu einem partnerschaftlichen Dialog wurde im Laufe des Wahlkampfes, vor allem auch in den Fernsehdebatten im September und Oktober, immer wieder bekräftigt.

Dass Kerry die Kritik gegen die Außenpolitik von George W. Bush nicht ausreichend nutzen konnte, hat das Ergebnis der Wahl gezeigt - wenngleich auch eine Reihe anderer Faktoren ausschlaggebend waren. Während des gesamten Wahlkampfes wirkten die Negativschlagzeilen um Abu Ghraib, das Versagen der Geheimdienste und die chaotische Lage im Irak zwar gegen Bush, jedoch nicht deutlich genug zu Gunsten von Kerry. Bis zur ersten Fernsehdebatte zu außen- und sicherheitspolitischen Fragestellungen, bei der Kerry gegenüber Bush Punkte sammeln konnte, wurden in Umfragen stets dem Amtsinhaber höhere

Kompetenzen im Kampf gegen den Terrorismus und für die innere Sicherheit zugeschrieben. Vor allem vermochte Kerry es nie, den Bürgerinnen und Bürgern ein schlüssiges und durchgängiges Gegenkonzept vorzustellen. Dazu trug auch sein zwiespältiges Abstimmungsverhalten bezüglich der Außenpolitik der Regierung und der damit verbundene Mangel an Glaubwürdigkeit bei, der für seine Wahlniederlage mitverantwortlich war.

In der heißen Phase des Präsidentschaftswahlkampfes spielte insbesondere die Diskussion um so genannte „moralische Werte“ eine große Rolle. Hier konnten sich Präsident Bush und die Republikaner deutlich in der Offensive als Wertebewahrer positionieren, während der demokratische Kandidat und seine Partei den Vorwurf nicht überzeugend abwehren konnten, zum Werteverfall beizutragen. Dies hing zum einen damit zusammen, dass in konservativen Kreisen die politische Elite der Ost- und Westküste suspekt ist, und das Wort „liberal“ sich in den vergangenen Jahren als Schimpfwort etabliert hat. „Massachusetts Liberal“ ist hierbei ein Superlativ. Dagegen konnte sich Kerry gegenüber Wechselwählern nicht zur Wehr setzen. Die Entscheidung des Gerichtshofs von Massachusetts, die gleichgeschlechtliche Ehe zuzulassen, spielte insbesondere den Hardlinern in der republikanischen Partei in die Hände. Katapultartig mobilisierte diese Entscheidung religiöse und konservative Gruppen; es entstand eine bundesweite Kampagne gegen die Homo-Ehe, die zur Folge hatte, dass zahlreiche Bundesstaaten Referenden zum Verbot von Homo-Ehen durchführten. Politische Analysen ergaben, dass dies insbesondere in den Staaten ausschlaggebend für Präsident Bush war, in denen ein knappes Ergebnis zwischen den beiden Kandidaten erwartet wurde, wie zum Beispiel in Ohio. Im Anschluss an Bushs Wahlsieg beanspruchte die religiöse Rechte eine maßgebliche Beteiligung am Wahlerfolg und verlangt nun eine politische Dividende, insbesondere bei der Besetzung von Richterstellen.

Das Wahlergebnis macht deutlich, dass die Präsidentschaftswahl 2004 entscheidend von außen- und sicherheitspolitischen Fragestellungen und vor allem den Vorgängen im Irak beeinflusst wurde. Zudem entscheidend war zudem die Persönlichkeit der Kandidaten. Bemerkenswert sind unter anderem folgende Ergebnisse:

- Bush erhielt unerwartet große Unterstützung unter der hispanischen Bevölkerung, u.a. im mitentscheidenden Staat Florida: 42 % im Vergleich mit 35 % im Jahr 2000.
- die relativ hohe (wenngleich nicht so hoch wie erwartete) Wahlbeteiligung von fast 60 % begünstigte erstmals nicht den demokratischen Herausforderer.
- Junge (tendenziell demokratische) Wähler erschienen nicht in der Anzahl an den Wahlurnen, wie erwartet.

Die Themen „nationale Sicherheit“, „Kampf gegen den Terrorismus“ und „Irak“ standen ganz oben auf der Wahlkampfagenda von Bush und Kerry und bestimmten weite Teile der Wahlkampfdebatte. Beide Kandidaten versuchten, sich als entschlossene Führungspersonen darzustellen, die willens und in der Lage sind, Amerika als Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte gegen existenzielle Bedrohungen zu verteidigen. Dabei wirkte Präsident Bush insgesamt glaubwürdiger, entschlossener und überzeugender.

Die Personalpolitik der neuen Administration

Gestärkt durch den relativ klaren Sieg bei der Präsidentschaftswahl sowie durch die zusätzlich ausgebaute Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses, waren die ersten Monate der zweiten Amtszeit von Präsident Bush von einer Festigung der bisherigen innen- und außenpolitischen Agenda bestimmt. Dies kam sowohl in der inhaltlichen Schwerpunktsetzung zum Ausdruck als auch in

der Personalpolitik. Das Außenministerium ging von Colin Powell auf Condoleezza Rice über, neuer National Security Advisor wurde der vorige Stellvertreter von Rice, Stephen Hadley. Zuständig für den mittleren Osten im National Security Council wurde der als Hardliner bekannte Elliott Abrams. Paul Wolfowitz wechselte vom stellvertretenden Verteidigungsminister zum neuen Chef der Weltbank. Etliche weitere, hoch- und mittelrangige Posten wurden neu verteilt, im Ergebnis sind interne Kritiker des Regierungskurses weitgehend nicht mehr in der Regierung vertreten.

Zu einem ersten deutlichen Aufbegehren der Opposition kam es mit der Nominierung zahlreicher Kandidaten für Bundesrichterpositionen durch den Präsidenten im Frühjahr 2005. Die Nominierung von Richtern, die zum Teil der christlichen Rechten zuzuordnen sind, war nicht zuletzt ein Zugeständnis der Administration an ihre entsprechende Wählerschaft. Im Mai und Juni 2005 machten die Demokraten jedoch von der Möglichkeit einer Blockade mit Hilfe einer verlängerten Debatte im Senat - dem so genannten "Filibuster" - Gebrauch. Der Versuch von Senator Frist, die Geschäftsordnung des Senats dahingehend zu ändern, Filibuster abbrechen zu können, scheiterte nach einigen Wochen der Blockade an einer Koalition gemäßigter republikanischer und demokratischer Senatoren. Bush wird es nun vermutlich nicht gelingen, alle seine Richternominierungen durchzusetzen.

Eine weitere Personalentscheidung des Präsidenten führte zu einer kontroversen Debatte innerhalb der USA und innerhalb des Senats. Inmitten der Auseinandersetzung um eine VN-Reform wurde John Bolton, bislang Undersecretary im Außenministerium und einer der schärfsten Kritiker der Vereinten Nationen, zum neuen US-Botschafter bei den VN nominiert. Der Widerstand gegen diese Besetzung kam seither nicht nur von demokratischer Seite sondern auch von einer Reihe republikanischer Senatoren, sowie indirekt auch vom ehemaligen Außenminister Colin Powell. Die Berufung von John Bolton wurde immer wieder verschoben, auch in den Medien wurden immer wieder Zweifel an seiner Eignung für diesen Posten diskutiert. Am 1. August schließlich setzte Präsident Bush in der Sommerpause des politischen Washington Bolton per Dekret durch: Seine Nominierung und Berufung warf ein negatives öffentliches Licht auf die einseitige und oftmals im Alleingang durchgesetzte Personalpolitik des Weißen Hauses geworfen.

Widerstand aus den eigenen Reihen schlug Präsident Bush in den vergangenen Monaten auch bei zwei inhaltlichen Punkten deutlich entgegen. Trotz der Androhung eines präsidentiellen Vetos von Seiten des Weißen Hauses in Bezug auf eine liberale Verordnung zum Klonen, wurde diese im Kongress mit deutlicher Mehrheit verabschiedet - eine klare Niederlage für die christliche Rechte. Auf der anderen Seite wurden Vorschläge des Präsidenten für eine Liberalisierung der Einwanderungspolitik, insbesondere aus Mexiko, vom Kongress nicht unterstützt. Auch dies sind Zeichen, dass das Verhältnis der Republikaner im Kongress in der zweiten Legislaturperiode nicht mehr konfliktfrei wie in den vergangenen Jahren und vor allem im Anschluss an den 11. September 2001 verlaufen wird.

Die vorerst wichtigste personalpolitische Entscheidung von Präsident Bush wird voraussichtlich in den kommenden Monaten fallen, nachdem Ende Juni 2005 mit Justice O'Connor unerwartet eine Richterin des Supreme Court ihren Rücktritt erklärte. Mit der Nominierung eines neuen Richters des Obersten Gerichtshofes hat George W. Bush nun die Möglichkeit, einen prägenden und langfristigen Einfluss auf die zukünftige Ausrichtung des Verfassungsgerichts auszuüben. Diese Möglichkeit wird noch dadurch verstärkt, dass in Kürze

zusätzlich mit einem Rücktritt des an Krebs erkrankten Chief Justice William Rehnquist zu rechnen ist.

Einer der Favoriten des Präsidenten ist Alberto Gonzales, ein äußerst umstrittener Jurist, der sich auch schon positiv gegenüber Folter als Verhörmethode geäußert hat, der jedoch zugleich - als erster Richter hispanischer Abstammung am Supreme Court - bei einer wichtigen Wählerschaft des Präsidenten großen Rückhalt hat. Gegenwärtig entwickelt sich eine Debatte darüber, inwieweit vom Präsidenten nominierte Kandidaten vom Kongress auf ihre Haltung bezüglich heikler innenpolitischer Themen wie Abtreibung oder gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften geprüft werden dürfen. Der potentielle Einsatz gegen radikale Nominierungen wird auf jeden Fall zum Litmus-Test für die Stärke und Geschlossenheit der Demokraten werden.

Außen- und sicherheitspolitische Schwerpunkte der neuen Administration

Die harte Linie gegenüber einigen autoritären Regimes, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten, wurde seit Beginn der zweiten Amtszeit von Präsident Bush fortgeführt. Dies betrifft insbesondere Syrien und Iran, die beide der direkten und/oder indirekten Unterstützung des irakischen Terrors verdächtigt werden. George W. Bush hat der Ankündigung in der diesjährigen Rede zur Lage der Nation, die USA würden die Unterdrückten dieser Welt unterstützen, insoweit Taten folgen lassen, als er sich seither regelmäßig mit Oppositionellen trifft. Wie ernsthaft und glaubwürdig diese Politik jedoch betrieben wird, hängt unter anderem von seiner Bereitschaft ab, sich auch mit Dissidenten verbündeter Länder wie Saudi-Arabien oder Usbekistan zu treffen. So wird derzeit im State Department und Pentagon diskutiert, inwieweit das Massaker in Usbekistan Mitte Mai kritisch thematisiert werden sollte.

Ohne Zweifel jedoch hat die Regierung in den letzten Monaten zahlreiche demokratische Entwicklungen gefördert (auch in Kooperation mit der EU); in der Ukraine, wo die „Orangene Revolution“ ohne US-Unterstützung vermutlich kaum zustande gekommen wäre), in Kasachstan sowie im Libanon.

Besondere Aufmerksamkeit erlangte die US-Politik durch ihre zunehmend kritische Haltung gegenüber der russischen Regierung in Verbindung mit positiven Signalen gegenüber dem Baltikum, der Südkaukasus-Region (insbesondere Georgien) und der Ukraine. Dies wurde besonders zum 60. Jahrestag des Kriegsendes deutlich, als der Präsident den Besuch der offiziellen Feierlichkeiten in Moskau durch Besuche im Baltikum und in Georgien einrahmte.

Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten

Syrien, Iran, Libanon und Palästinensische Gebiete

Die außen- und sicherheitspolitische Priorität der Bush-Regierung ist weiterhin die Transformation des Nahen und Mittleren Ostens.

Die Entwicklungen im Libanon nach der Ermordung Hariris und dem Rückzug der syrischen Truppen sowie in den palästinensischen Gebieten nach dem Tod Arafats und zuletzt bei den Wahlen in Ägypten haben in der US-Administration die Hoffnung auf einen „Arab Spring“ (in Anlehnung an den Prager Frühling) geweckt. Ein Regimewechsel in Syrien scheint im vergangenen Jahr eine höhere Priorität erlangt zu haben als die Entwicklung im Iran.. Bei beiden Ländern wird jedoch nicht an eine militärische Intervention gedacht, sondern an politischen Druck und einen daraus folgenden Zusammenbruch des Regimes von innen. Dabei wird in den letzten Monaten zunehmend diskutiert, ob islamistische Organisationen Partner für innere Reformen und eine demokratische Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten darstellen können. ,
 ,. Das Beispiel Irak hat bei einer Reihe von Akteuren innerhalb der

Administration genau diesen Eindruck erweckt bzw. scheint zu zeigen, dass die Einbindung islamistischer Gruppen in demokratische Prozesse diesen „die Zähne zu ziehen vermag“. Die konkrete Entscheidung, wie mit den als Terrorgruppen eingestuften Hisbollah oder Hamas im Falle eines Wahlsieges zu verfahren sei, steht jedoch weiterhin aus.

Unklar ist, wie energisch sich die Administration in dieser Legislaturperiode dem Nahost-Friedensprozess widmen wird. Bisher werden zwiespältige Signale ausgesandt. Auf der einen Seite wird der Abzug aus dem Gaza-Streifen positiv bewertet, auf der anderen Seite erhält Mahmud Abbas keine substantielle finanzielle Unterstützung aus Washington. Dies ist allerdings auch durch eine zögerliche Haushaltspolitik des Kongresses bedingt. Weiterhin ist bei der Ernennung des ehemaligen Weltbank-Chefs Wolfenssohn als neuen Nahostbeauftragten der Regierung das offiziell für die Roadmap verantwortliche Quartett in diese Entscheidung weder einbezogen worden, noch hat es in den vergangenen Monaten generell ein klares Bekenntnis zum Quartett gegeben. Es bleibt abzuwarten, ob sich Präsident Bush an diesen wohl schwersten Prüfstein eines jeden US-Präsidenten ernsthaft heranwagen wird.

Irak-Debatte: Sicherheitsaspekte im Irak und in den USA

Die Tatsache, dass noch immer Tag für Tag Meldungen von Anschlägen sowie von toten und verwundeten US-Soldaten in den Medien zu lesen und zu hören sind, hält die Debatte über die weitere Vorgehensweise im Irak auf der politischen Agenda. Präsident Bush betont zwar weiterhin, dass die Welt durch den Krieg im Irak ein sichererer Ort geworden sei, die Mehrheit der US-Amerikaner sieht dies seit Juni 2005 jedoch zum ersten Mal anders.. Auch der Vergleich zu Vietnam ist in öffentlichen Diskussionen nun öfter zu hören. Zudem wird die Frage, wie die finanzielle Belastung der Besatzung auf Dauer bewältigt werden kann, mittlerweile auch auf republikanischer Seite häufiger gestellt.

Außerdem sieht sich das Militär erstmals seit langer Zeit mit Rekrutierungs-Problemen konfrontiert: Im April 2005 wurde das Rekrutierungsziel des Heeres erstmals massiv unterlaufen, was seitdem zu einer Debatte darüber führte, wie die Armee angesichts der Irak-Besatzung und einer zunehmenden internationalen Überdehnung wieder attraktiv gemacht werden kann. Dabei zeigen sich nun auch die negativen Folgen der deutlichen personellen Reduzierung der Armee nach Ende des Kalten Krieges. Bisher hält jedoch sowohl die Administration als auch die Mehrheit der Demokraten an einem langfristigen, auch militärischen Engagement im Irak fest.

Zuletzt schwor der Präsident bei seiner Rede zum Nationalfeiertag am 4. Juli die Bevölkerung darauf ein, im Irak „Kurs zu halten“. Von offizieller Seite werden jegliche Spekulationen über einen möglichen Rückzugsplan konsequent zurückgewiesen. Dennoch tauchten Anfang Juli in Großbritannien Zeitungsberichte auf, nach denen die USA und die britische Regierung bis zum Sommer 2006 den Rückzug der Hälfte ihrer Truppen aus dem Irak planen. So oder so wird in den kommenden Monaten der Druck auf die Regierung wachsen, eine Exit-Strategie vorzulegen, die beispielsweise an das Erreichen bestimmter Ziele im Irak (Verfassung, Wahlen, Sicherheitskräfte etc.) geknüpft ist. Seit dem Frühsommer 2005 fordert eine überparteiliche kleine Gruppe von Senatoren bereits den umgehenden Beginn des Truppenabzugs.

Guantanamo

Seit dem späten Frühjahr 2005 gibt es in den US-Medien und im Kongress eine verstärkte Debatte über die Rechtmäßigkeit und Sinnhaftigkeit des US-Gefangenenlagers in der kubanischen Guantanamo Bucht. Der Vorsitzende der

Demokraten im Senatsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, Senator Biden, erklärte öffentlich, dass Guantanamo letztlich dem Krieg gegen den Terror schade und setzte sich für eine Schließung des Gefängnisses ein. Stattdessen sollten Terrorverdächtige vor reguläre US-Gerichte gebracht werden. Kritik an Guantanamo und der Praxis, Terrorverdächtige zum Verhör in befreundete Staaten im Ausland zu bringen, wo sie gefoltert werden („extraordinary renditions“), kommt mittlerweile nicht nur von einzelnen Demokraten. Auch in republikanischen Kreisen werden zunehmend skeptischere Stimmen laut. Zusätzlichen Auftrieb hat die Auseinandersetzung durch einen Newsweek-Artikel im Mai bekommen, der von Koranschändungen durch Wärter in Guantanamo berichtete und zu antiamerikanischen Protesten in der arabischen Welt und weit darüber hinaus führte. Obwohl Newsweek den Bericht wenig später zurückzog, deuteten kurz darauf weitere Indizien auf den bewussten Einsatz von Verhör- und Demütigungsmethoden gegenüber Muslimen auf Guantanamo hin. Dies erhöht zunehmend den Rechtfertigungsdruck auf die Administration bezüglich ihrer Anti-Terror-Maßnahmen.

Lage der demokratischen Partei

Seit dem Frühjahr 2005 zeichnen sich die Demokraten durch eine außergewöhnliche Geschlossenheit aus. Entgegen den Erwartungen brauchten sie nach der verlorenen Wahl nicht lange, um sich neu zu sortieren. Dafür sorgten vor allem umstrittene Personalentscheidungen der Administration wie die Ernennung von Bundesrichtern und die Nominierung von John Bolton als US-Botschafter bei den VN für Aufwind und Einigkeit der Demokraten. Diese Einigkeit fußt bislang jedoch ausschließlich auf Opposition zur Regierung, und nicht auf einer eigenen - personellen oder thematischen - Aufstellung. Seit Ende Mai 2005 sind daher auch wieder die ersten Machtkämpfe innerhalb der Demokraten in die Öffentlichkeit gedrungen. So hat Howard Dean als Vorsitzender der demokratischen Partei mit einer scharfen Attacke auf die Republikaner, diese seien nur eine Ansammlung weißer Christen, in den eigenen Reihen gleichermaßen für Unmut und Applaus gesorgt. Zugleich bringen sich Hillary Clinton, John Kerry, Joe Biden, John Edwards Bill Richardson und Mark Warner immer wieder ins Gespräch. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Demokraten letztlich aufstellen werden, und inwieweit sie dabei nach außen ein Bild der Geschlossenheit werden abgeben können.

Die Debatte um die transatlantischen Beziehungen

Seit seiner Wiederwahl hat Präsident Bush in Bezug auf die transatlantischen Beziehungen in mancher Hinsicht die Wahlkampf-Forderungen Kerrys für sich vereinnahmt. Bushs Charme-Offensive in Europa Anfang 2005, unterstützt durch Condoleezza Rice als neue Außenministerin, hatte ein Ausmaß, das viele Europäer im letzten Jahr nicht für möglich gehalten hätten. Zwar werden die USA ihre Sicherheitspolitik weiterhin nicht zwangsläufig an multilaterale Institutionen oder andere Staaten binden - das hätte aber auch Kerry nicht getan. Ebenso wenig hätten die europäischen Staaten wie Deutschland oder Frankreich Truppen in den Irak entsandt. Festzuhalten bleibt jedoch, dass eines der Hauptprobleme im transatlantischen Dialog der letzten vier Jahre der politische Führungsstil und der Tonfall auf beiden Seiten des Atlantiks war. Diese Kommunikationsmauer hat Bush seit seiner Wiederwahl abzubauen begonnen. Inhaltlich kontroverse Themen, so der Umgang mit Russland, Iran oder China (Diskussion um die Aufhebung des EU-Waffenembargos) scheinen im Gegensatz zum letzten Jahr nun von beiden Seiten konstruktiver angegangen zu werden. Dies sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es ernsthafte Differenzen gibt (Umgang mit China, Kyoto etc).

Iran

Dies zeigt sich insbesondere beim Thema Iran und dessen nuklearen Ambitionen. Die von der EU bevorzugten „weichen“ Verhandlungslösungen wurden in der Vergangenheit von der Bush Administration abschätzig betrachtet. Sie galten als Sackgasse für den Fall, dass sich Iran nicht an die mit dem Trio Deutschland, Frankreich und Großbritannien ausgehandelten Vereinbarungen zum Verzicht auf Urananreicherung halten sollte. Bei dem Besuch von Präsident Bush in Europa Anfang 2005 jedoch wurde erstmals eine Unterstützung des europäischen Kurses insofern angedeutet, als dass in Zukunft keine kritische und damit unterminierende Rhetorik gegen den europäischen Kurs geübt werden sollte. Nachdem Iran sich im Mai 2005 erneut aus den Verhandlungen zurückzog, drohten insbesondere Deutschland und Großbritannien im Gegenzug, das Land umgehend vor den VN-Sicherheitsrat zu bringen. Dies entspricht schon seit langem der Forderung der US-Regierung. Nicht abzuschätzen sind zu diesem Zeitpunkt die Folgen der iranischen Präsidentschaftswahl im Juni 2005. Mit dem unerwarteten Sieg von Mahmud Ahmadinedschad gelangte ein international unbeschriebenes Blatt an die Spitze der iranischen Regierung. Vermutungen, wonach dieser an der Geiselnahme in der Teheraner US-Botschaft 1979 beteiligt gewesen sein soll, wurden zwar relativ sicher widerlegt. Diese Gerüchte, gepaart mit der radikalen religiösen Einstellung Ahmadinedschads, haben jedoch nicht zu einem hoffnungsvollen Klima neuer Verständigung zwischen Iran und den USA geführt.

EU-Krise

Bemerkenswert ist die Haltung der USA im Anschluss an das gescheiterte EU-Verfassungs-Referendum in Frankreich und den Niederlanden im Frühsommer 2005. Außenministerin Rice betonte umgehend die Bedeutung eines geeinigten und starken Europas für die USA. Trotz einiger Skepsis gegenüber der zukünftigen Ausrichtung der EU im Allgemeinen und der Verfassung im Besonderen, scheint die umfassende Krise der EU in Washington Besorgnis auszulösen. So werden nun die möglichen negativen Konsequenzen einer schwachen EU deutlich, sowohl in Bezug auf einen EU-Beitritt der Türkei als auch auf die Rolle der EU als politisches Gravitations- und Stabilitätszentrum für die Staaten in Osteuropa bis hin zum Kaukasus. Dies lässt bezüglich der Beziehungen der USA zur EU eine positivere Entwicklung im Vergleich zu den letzten Jahren erwarten.

Unabhängig davon wird die Verlagerung von Militärbasen aus Westeuropa, und insbesondere aus Deutschland, fortgesetzt. Dies ist jedoch nur bedingt als „Strafaktion“ gegenüber unzuverlässigen Verbündeten zu deuten und erklärt sich in erster Linie aus den neuen Bedrohungsanalysen und Aktionsstrategien des Pentagons.

Kampf gegen den internationalen Terrorismus und Terroranschläge in London

Die Zusammenarbeit zwischen den Innenbehörden der EU-Länder und den USA ist weiterhin ein solider Eckpfeiler der transatlantischen Beziehungen. Weit weniger Kontakte gibt es zwischen FBI und Europol. Dennoch gibt es auch auf EU-Ebene zahlreiche Konsultationen und eine weitgehend gute Zusammenarbeit. Mit großer Anteilnahme wurden in den USA die Terroranschläge in London im Juli 2005 aufgenommen. Großbritannien – ohnehin stets für seine hervorragenden Sicherheitsorgane hoch gelobt – wurde dabei vor allem mit Blick auf die vergleichsweise stoischen und gelassenen Reaktionen der Engländer mit großem Interesse betrachtet. Die Unterschiede in der Reaktion

der Bevölkerung im Gegensatz zum 11. September führen nun auch in den USA zu einer ersten Debatte, ob mehr „Gelassenheit“ und weniger Hysterie im Umgang mit Terrorgefahren nicht unumgänglich sei.

Die Anschläge haben insbesondere in ihrem Zusammenhang mit dem gleichzeitigen G8-Gipfel in Gleneagles zudem dazu beigetragen, die westliche Staaten- und Wertegemeinschaft enger zusammenrücken zu lassen.

Bundestagswahlkampf

Mit zunehmendem Interesse werden die Entwicklungen in Deutschland hinsichtlich der anstehenden Bundestagswahlen verfolgt. Auf Angela Merkel als möglicher neuer Bundeskanzlerin ruhen dabei viele positive Erwartungen. Gerhard Schröder wird bis weit ins demokratische Lager hinein nicht mehr als vertrauensvoller Partner angesehen. Grund dafür ist nicht allein seine Haltung in Bezug auf den Irak-Krieg, sondern auch sein massives Eintreten für eine Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China, seine besonderen und freundschaftlichen Beziehungen zu Russlands Präsident Putin und seine vermutete Nähe zu den Skeptikern der transatlantischen Beziehung in Frankreich, insbesondere zu Präsident Chirac. Auch der Vorstoß Schröders bezüglich einer NATO-Reform auf der Wehrkunde-Tagung in München Anfang des Jahres, sowie sein Bemühen um einen festen deutschen Sitz im VN-Sicherheitsrat werden in diesem Zusammenhang als Interesse an einer Schwächung und ein Hintergehen des transatlantischen Bündnisses gesehen. In all diesen inhaltlichen Punkten wird viel Hoffnung auf eine positive Änderung unter einer Kanzlerin Merkel gesetzt. Dabei stößt ihre ostdeutsche Herkunft auf besonderes Interesse, scheint dies doch eine ähnlich wirtschaftlich-dynamische, pro-demokratische und pro-transatlantische Politik wie in weiten Teilen Osteuropas nahe zu legen. Mögliche, aus US-Sicht negative, Konsequenzen einer CDU-Regierung wie die Politik gegenüber dem EU-Beitritt der Türkei werden dabei bislang überwiegend ausgeblendet.

2.2. Umweltpolitik

Energie

Umweltpolitik ist auch weiterhin keine Priorität der Bush Administration. Die Environmental Protection Agency hat ein schwaches Profil und im Zentrum der politischen Ausrichtung steht weiterhin, die Auswirkungen von ökologischen Vorhaben auf die Wirtschaft so gering wie möglich zu halten sowie umweltpolitische Gesetze der Clinton-Regierung zu entschärfen.

Von großer Relevanz ist hingegen die Energiegesetzgebung, die vorrangig auf eine dauerhafte und gesicherte Energieversorgung abzielt. Schwerpunkt ist hier die nationale Energieproduktion und weniger eine umweltpolitische Zielsetzung. Das umfassende Energiegesetz, das in der ersten Amtsperiode im Kongress scheiterte, wurde im Frühjahr 2005 erneut modifiziert in den Kongress eingebracht und hat im Juni in zwei unterschiedlichen Versionen sowohl den Senat als auch das Repräsentantenhaus passiert. Der Vermittlungsausschuss muss nun eine gemeinsame Version erarbeiten.

Aus umweltpolitischen Gesichtspunkten ist hierbei der Gesetzentwurf des Repräsentantenhauses brisanter als der des Senats. Im Zentrum stehen überwiegend die traditionelle Produktion durch Öl und Kohle und vor allem die

seit einigen Jahren sehr umstrittene Erdölförderung in einem Naturschutzgebiet in Alaska, die im Präsidentschaftswahlkampf ein Mobilisierungsfaktor der Umweltbewegung war. Die Senatsversion hingegen enthält in einem begrenzten Maße finanzielle Anreize zum Energiesparen, zur Förderung von Erneuerbaren Energien und spricht sich unverbindlich für die Begrenzung von Treibhausgasen aus. Allerdings befürwortet der Senatsgesetzentwurf auch die verstärkte Förderung der Atomenergie.

Angeheizt wird die nationale Energiedebatte vor allem durch den hohen Ölpreis von derzeit 60 US-Dollar pro Barrel. Obgleich sich die Bevölkerung bislang mit den steigenden Benzinkosten abzufinden scheint, hat die Preisentwicklung Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum. Die Autoindustrie verspürt zaghafte Umsatzrückgänge beim Verkauf der Kraftstoff verschlingenden *Sports Utility Vehicles (SUVs)* und Hummers. Sorgen macht sie sich jedoch vor allem um die langfristigen Entwicklungen.

Der explodierende Energie-Bedarf in China wird hierbei besonders kritisch gesehen. Zum einen wegen der steigenden chinesischen Konkurrenz auf dem knapper werdenden Ölmarkt, der mittelfristig Zugangsfragen im Mittleren Osten und den Ölpreis betreffen wird, zum anderen wegen der derzeit expansiven Energiepolitik Chinas. China ist sehr daran interessiert, seine Ölversorgung international sicherzustellen. Nachdem die Übernahme kanadischer Ölfirmen im Herbst 2004 scheiterte, bemüht sich das staatseigene Ölversorgungsunternehmen CNOOC Ltd. derzeit um die kalifornische Firma Unocal.

Dies sorgt in wirtschaftlichen und politischen Kreisen für Besorgnis, sowohl in Hinblick auf die nationale Unabhängigkeit amerikanischer Energie-Unternehmen, als auch mit Blick auf die internationale Sicherheitspolitik. Im Zusammenhang mit der amerikanischen Demokratieförderungspolitik und dem Kampf gegen den Terrorismus wird Chinas Politik zur Sicherung von Märkten in Sudan und Venezuela derzeit kritisch beobachtet.

Klima

In der Klimapolitik gerät die Administration zunehmend auch unter innenpolitischen Druck, dem sie bislang allerdings stand hält. Die internationale Gemeinschaft, allen voran der britische Premierminister Tony Blair als Vorsitzender der G8, hat vergeblich versucht, die US-Regierung zu Zugeständnissen im Bereich der globalen Klimapolitik zu bewegen. Zwölf Monate lang diente Blairs klimapolitische Initiative zum G8-Gipfel in Gleneagles auch amerikanischen Umweltorganisationen, Think Tanks und klimafreundlichen Politikern als Anlass, die Klimadebatte in den USA zu fördern und politische Veränderungen zu erzeugen. Der Erfolg auf dem internationalen Parkett blieb dürftig wie der Gipfel im Juli 2005 zeigte. Die gemeinsame politische Erklärung aller G8-Staaten bleibt weit hinter früheren Abkommen zurück und beschränkt sich auf die Anerkennung eines menschlich verursachten Klimawandels, ohne jedoch verbindliche Schritte zur Bekämpfung zu nennen. Einige Kommentatoren werten die Erklärung sogar als Erfolg für Bush, da es ihm gelungen sei, die übrigen Mitgliedstaaten zumindest sprachlich auf seine Linie zu bringen.

In den Bundesstaaten, auf kommunaler Ebene und in der Wirtschaft entstehen jedoch weiterhin Klimainitiativen, die auch in Washington nicht langfristig unbeantwortet bleiben können. Allen voran hat der kalifornische Gouverneur Arnold Schwarzenegger im Juni 2005 per Regierungsverordnung ein Klimaschutzprogramm vorgelegt, welches sich international messen lässt und aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung Kaliforniens Auswirkungen auf die

nationale Politik haben wird. Bis 2010 sollen die Emissionen um 11 % gegenüber derzeitigen Werten gesenkt werden, bis 2020 um 25 % und bis 2050 um 80 %. Ein ähnlich ambitioniertes Programm hat auch New Mexico vorgelegt. Gleichzeitig arbeiten eine Reihe von Bundesstaaten im Nordosten weiter an einem regionalen Emissionshandels-System, welches auch mit dem Europäischen System kompatibel sein soll.

Weiterhin ist von den US-Senatoren John McCain und Joseph Lieberman ein nationales Emissionshandelssystem vorgesehen. Deren Gesetzentwurf aus dem Jahr 2003 war zentrales Instrument der zivilgesellschaftlichen Klimalobby in den USA und erfreute sich im Oktober 2003 und Verlauf von 2004 zunächst wachsender Zustimmung im US-Senat. In diesem Jahr verlor er allerdings wieder an Unterstützung, da die Senatoren im Frühjahr 2005 Anreize zur Förderung von Atomenergie in den Entwurf einbauten, die sowohl für viele Umweltorganisationen als auch für einige SenatskollegInnen untragbar sind.

Zudem erhielt das Konzept von McCain/Lieberman im Herbst 2004 Konkurrenz durch einen Gesetzentwurf des Senators Chuck Hagel, der sich als „moderatere“ Version zu einer nationalen Klimaschutzpolitik vermarktet. Hagel zielt überwiegend auf die Förderung von klimafreundlichen Technologien von erneuerbaren Energien bis hin zu Energieeffizienz und -einsparung ab.

In Industrie und Wirtschaft wächst die Zahl der Unternehmen, die eigene Klimakonzepte entwerfen und Produktionsweisen und Produkte umstellen, um sich einerseits internationaler Klimaregelungen anzupassen als auch eigene Innovationen zu fördern. Aufmerksamkeit erregte im April 2005 vor allem der CEO von General Electrics, Jeffrey Immelt, der unter dem Titel „Ecomagination“ ein umfassendes Klimaschutzprogramm einführte, welches sowohl auf die Umweltfreundlichkeit und Effizienz eigener Produkte als auch auf die Förderung neuer Technologien setzt. Bis zum Jahr 2010 sollen die Ausgaben zur Förderung neuer, umweltfreundlicher Technologien von derzeit jährlich 700 Millionen US-Dollar auf 1,5 Milliarden steigen. Den vorausgesagten Anstieg von 40 % der Emissionen durch die Herstellung von GE-Produkten bis 2012 soll gestoppt und vielmehr im selben Zeitraum um 1 Prozent gesenkt werden. Von Umweltorganisationen wurde dieses Programm als erster Schritt bewertet, der angesichts der polarisierten Debatte in den USA allerdings mutig sei.

2.3. Wirtschafts- und Sozialpolitik

Sozialpolitik

In den letzten Monaten des US-Wahlkampfes und besonders seit seiner Wiederwahl im November 2004 hat Präsident Bush eine umfassende Reform des amerikanischen Sozialversicherungssystems (*social security*) zu seinem wichtigsten innenpolitischen Schwerpunkt in seiner zweiten Amtsperiode erklärt. Die Sozialversicherungssysteme steuern mit dem Erreichen des Rentenalters der so genannten „Baby Boomer“ Generation in den nächsten zehn Jahren auf eine Finanzkrise zu und könnten nach neuesten Schätzungen ab 2041 in die Zahlungsunfähigkeit rutschen. Favorisiert wird dabei vom Präsidenten und seinen Unterstützern im republikanisch dominierten Kongress eine Art Teilprivatisierung des Systems, wobei Arbeitnehmer einen Teil ihrer Sozialversicherungsabgaben zurückerhalten und selbst in eigene Sparkonten investieren sollen. Die Hoffnung ist hierbei, dass die Investition dieser

Sozialversicherungsbeiträge an den Aktienmärkten eine höhere Rendite bringt. Die Kritiker dieses Vorschlags, vor allem die Demokraten, aber auch die finanzstarke und einflussreiche Seniorenvereinigung AARP, halten dem zum einen entgegen, dass diese Umstellung das bestehende System durch den Entzug von Einkommen noch weiter schwächen würde. Zum anderen würden die geschätzten Kosten der Reform mit rund 2 Billionen US Dollar ausreichen, um die Finanzlücke des Systems in der existierenden Form zu schließen. Zudem würden mit der Teilprivatisierung vor allem die Risiken des Sparens für den Lebensabend durch die Unwägbarkeiten des Aktienmarktes privatisiert.

Trotz einer intensiven Werbetour des Präsidenten durch die US-Bundesstaaten in den ersten sechs Monaten des Jahres 2005 zeigen Meinungsumfragen, dass die Mehrheit der Bevölkerung Bushs Vorschlag für private Sparkonten nicht unterstützt. Die Unpopularität dieses Vorschlags selbst in traditionellen republikanischen Wählerkreisen macht es sehr unwahrscheinlich, dass es im Kongress in absehbarer Zeit zu einer Einigung über eine konkrete Reformvorlage kommen wird. Während die Republikaner im Repräsentantenhaus einen ersten Reformplan im Herbst zur Abstimmung vorlegen wollen, ist nach Aussage des Vorsitzenden des Senats-Finanzausschusses Charles Grassley (R-Iowa), noch ungewiss, ob es im Senat überhaupt eine eigene Vorlage geben wird.

Wirtschaftspolitik

Die US-Wirtschaft verzeichnete im vergangenen Jahr eine mäßige Wachstumsrate um 3 % mit Arbeitsplatzgewinnen, allerdings wuchs die Zahl der neuen Arbeitsplätze mit durchschnittlich 166,000 pro Monat seit Jahresbeginn weiterhin langsamer als erhofft. Dennoch ist die Arbeitslosenrate in den Vereinigten Staaten mit rund 5 Prozent im Vergleich zu der in vielen europäischen Ländern recht niedrig. Diese Rate gibt aber wenig Auskunft über die Tatsache, dass Arbeitsplatzverluste im Industriebereich weiter anhalten und neue Arbeitsplätze hauptsächlich im Dienstleistungsbereich entstehen, oftmals ohne Sozialleistungen wie Kranken- oder Rentenversicherung. Gleichzeitig sind auch im vergangenen Jahr die Reallöhne weiter gesunken, während Unternehmergewinne in vielen Branchen gestiegen sind. Zum Druck auf die Reallöhne trägt auch die seit Sommer 2004 gestiegene Inflationsgefahr bei, der die amerikanische Federal Reserve durch die kontinuierliche Anhebung der US-Leitzinssätze im Verlauf des vergangenen Jahres versuchte Herr zu werden. Bei relativ flachen Aktienwerten - hohe Kursgewinne wurden an den US-Börsen im letzten Jahr nicht vermeldet - suchten amerikanische Anleger, private wie gewerbliche, ihr Heil vermehrt in Immobilien und Grundbesitz, was viele Beobachter vor einem „Housing Bubble“ und einer Überschuldung privater Haushalte warnen lässt. Die langfristige Prognose für die US-Wirtschaft ist zudem überschattet von anhaltenden Doppel-Defiziten in Rekordhöhe: einem monatlichen Außenhandelsdefizit von über 60 Milliarden US-Dollar (vor allem mit China) sowie einem Leistungsbilanzdefizit.

Amerikanischer Konsum und die Solvenz der US-Wirtschaft werden zunehmend von ausländischen Investoren finanziert und es mehren sich kritische Stimmen, die davor warnen, dass diese Situation nicht auf Dauer haltbar ist und zudem für die USA auch ein erhöhtes Sicherheitsrisiko darstellt.

Vor diesem Hintergrund verliert die Bush-Administration jüngsten Meinungsumfragen zufolge gerade beim Wahl-relevanten amerikanischen Mittelstand zunehmend an Unterstützung für ihre Wirtschaftspolitik, während die Zahl der Wähler, die die Demokraten für kompetenter in dem Bereich halten, seit

Monaten kontinuierlich zunimmt. Der Meinungsumschwung betrifft vor allem spezifische Wahlgruppen: Frauen, ältere Wähler und Wähler ohne Hochschulabschluss, die die Republikaner und Präsident Bush im November 2004 vorrangig aufgrund moralischer Werte favorisiert hatten. Insgesamt scheint bei den Wählern das Gefühl zu wachsen, dass die Bush-Administration Finanzeliten und die Industrie auf Kosten der Sicherung des mittel- bis langfristigen Lebensstandards der Mittelklasse (Stichworte: Verschuldung, Outsourcing, Leistungsbilanz- und Handels-Doppeldefizit) favorisiert. Dies könnte für die Kongresswahlen im nächsten Jahr ein deutlicher Nachteil für die Republikaner und deren Mehrheit im Kongress werden.

3. Internationale politische Prozesse

3.1. VN-Prozesse und -Programme

Das Jahr 2005 kennzeichnet den 60. Geburtstag der Vereinten Nationen und ist Anlass zu einer umfassenden Reflektion und Reform der Institution, die seit Ende des kalten Krieges, insbesondere jedoch seit den Anschlägen des 11. September 2001 und dem darauf folgenden Irak-Krieg vor großen Herausforderungen steht.

Kofi Annan leitete bereits im Jahr 2003 einen umfassenden Reformprozess ein, der im Millennium-Review-Summit vom 14. bis 16. September 2005 münden wird. Dabei geht es um die Überprüfung der Fortschritte bei der Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele, insbesondere aber auch um die Reform von Institutionen der Vereinten Nationen wie dem Sicherheitsrat, dem ECOSOC und der Menschenrechtskommission. Empfehlungen sind dabei in zwei unabhängigen Aufsätzen entwickelt worden: der Bericht des UN High-Level Panel on Threats, Challenges and Change zu strukturellen und institutionellen Reformen der VN wurde im Dezember 2004 veröffentlicht, der Report des Millennium Projects zur Erreichbarkeit der Millenniumsentwicklungsziele folgte im Januar 2005. Beide Empfehlungen wurden durch VN-Generalsekretär Kofi Annan im März 2005 in seinem Bericht „In Larger Freedom“ zusammengefasst.

„In Larger Freedom“ dient als Grundlage für die Vorbereitungen zum Millennium+5-Gipfel im September. Die Aufgabe der Vereinten Nationen, so Kofi Annan in dem Papier, müsse es sein, dafür zu sorgen, dass Menschen frei von Armut und Angst und in Würde leben können. Der Bericht basiert auf dem Konzept der „menschlichen Sicherheit“, das Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung im Unterschied von Staaten in den Mittelpunkt stellt und damit traditionelle Sicherheitsdebatten um die Dimensionen von Armutsbekämpfung und Umweltschutz erweitert.

Der Generalsekretär führt die notwendigen Anstrengungen der Vereinten Nationen an und schlägt institutionelle Reformen vor, wie die des UN-Sicherheitsrats, der Stärkung der Menschenrechtskommission zu einem Menschenrechtsrat und der Bildung einer Peace Building Commission zur Stärkung der Aufgaben der VN im Bereich Frieden schaffender und friedenserhaltender Maßnahmen sowie von Demokratie- und Staatsaufbau. Die Kommission zielt auch darauf ab, die Arbeit verschiedener UN-Behörden sowie der internationalen Finanzinstitutionen zu koordinieren.

Während die Vorschläge zum Menschenrechtsrat und zur Peace Building Commission auf breite Zustimmung bei den Mitgliedstaaten stoßen und auch die Reformvorschläge innerhalb des Sekretariats mit Wohlwollen betrachtet werden, ist die Art und Weise der Reform des VN-Sicherheitsrats und die Auswahl weiterer Mitglieder umstritten. Sowohl das High-Level Panel on Threats, Challenges and Change sowie „In Larger Freedom“ bieten, ohne Festlegung, zwei Modelle an: nach Modell A soll der Sicherheitsrat um sechs weitere permanente Mitglieder und drei weitere rotierende Sitze erweitert werden; nach Modell B hingegen sollen acht wieder wählbare Sitze für vier Jahre geschaffen werden und zusätzlich zwei rotierende Sitze.

Brasilien, Deutschland, Indien und Japan bewerben sich um ständige Sitze und haben eigene Resolutionen in die Generalversammlung eingebracht, die das Modell A bevorzugen. In die Diskussion um zwei afrikanische Sitze haben sich Ägypten, Nigeria und Südafrika eingebracht. Umstritten sind sowohl das Format der Erweiterung des Sicherheitsrats als auch die Auswahl der Mitglieder. Während die Vereinigten Staaten die Dringlichkeit einer Sitzenerweiterung in Frage stellen, positionieren sich einige Länder gegen spezielle Kandidaten. So haben sich China gegen Japan, Mexiko und Argentinien gegen Brasilien und Italien und Spanien gegen Deutschland ausgesprochen. Während die vier Bewerberländer eine Entscheidung über die Reform vor dem September-Gipfel erreichen wollen, plädiert die US-Regierung für die Entscheidung im Paket mit allen Reform-Vorhaben im September.

In den Vereinigten Staaten ist durch die Erfahrungen im Vorfeld des Irak-Kriegs und aufgrund der Unrechtmäßigkeiten im Oil-For-Food-Programm sowie der sexuellen Misshandlungen von Frauen durch UN-Soldaten im Kongo die Reform der Vereinten Nationen besonders kritisch diskutiert worden. Im Vordergrund stehen weniger institutionelle Reformen als vielmehr Korruptionsbekämpfung, Transparenz und Verantwortlichkeiten im Sekretariat und in UN-Friedensmaßnahmen. In diesen Diskussionen spielt auch immer wieder die Rolle der VN in der internationalen Politik und das Spannungsverhältnis zu den Interessen der Vereinigten Staaten eine Rolle. Mehrere Untersuchungskommissionen des US-Kongresses haben dabei die Korruptionsskandale der Vereinten Nationen analysiert. Zudem formulierte eine vom US-Kongress beauftragte Task Force eigene Reformvorschläge.

Der zivilgesellschaftliche Vorbereitungsprozess für den Millennium+5-Gipfel läuft parallel, eine vergleichbare Einbindung wie bei den Großkonferenzen in Rio (1992) und Johannesburg (2002) findet nicht statt. Allerdings kam es im Juni 2005 erstmalig zu Anhörungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Wirtschaft vor der Generalversammlung, die als außerordentlich erfolgreich bewertet wurden. Sowohl NGOs als auch einige Regierungs-Delegationen sprachen sich dafür aus, solche Anhörungen jährlich durchzuführen. Eine Entscheidung darüber könnte im September fallen.

Die Ausrichtung der diesjährigen G-8-Verhandlungsrunde auf Afrika sowie der Millennium+5-Gipfel und das Ministertreffen der Welthandelsorganisationen in Hong Kong im Dezember 2005 waren Anlass für zivilgesellschaftliche Organisationen, sich weltweit zusammenzuschließen, um Regierungen zur Umsetzung und Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele zu drängen. Unter dem Namen „Global Call for Action Against Poverty“ (GCAP) führen nationale und internationale NGOs eine Kampagne und einen zivilgesellschaftlichen Begleitprozess zu den internationalen Konferenzen durch. Die Life-8-Konzerte im Sommer 2005 waren ein Teil dieser Kampagne.

Insbesondere Frauenorganisationen haben sich in diesem Prozess umfassend organisiert. Ihnen geht es darum, nicht nur das frauenspezifische Millenniumsentwicklungsziel 3 zu erreichen, sondern alle Entwicklungsziele mit Rücksicht auf und durch Beteiligung von Frauen umzusetzen. Bereits im Vorfeld hatte das Heinrich-Böll-Stiftungsbüro Washington im Dezember 2004 mit der VN-Frauenorganisation UNIFEM eine Konsultationsrunde durchgeführt und im Februar 2005 während der VN-Kommission zum Status von Frauen (CSW) gemeinsam mit GCAP insbesondere gender-spezifische Organisationen zu Konsultationen mit den Vereinten Nationen und geschlechterpolitischen Netzwerken eingeladen, und hiermit den zivilgesellschaftlichen Vorbereitungsprozess maßgeblich mitinitiiert und beeinflusst. Das entstandene Netzwerk nahm während der zivilgesellschaftlichen Anhörungen bei den Vereinten Nationen eine zentrale Rolle ein.

3.2 US- und Internationale Handelsbeziehungen

Während Handelsthemen im Gefolge des 11. Septembers 2001 in den USA in der öffentlichen politischen Debatte weitestgehend unter „ferner liefen“ verbucht wurden, ist seit dem Sommer 2004 – gerade auch im Rahmen des US-Präsidentschaftswahlkampfes – eine neue kritische innenpolitische Debatte über die Ziele und Ausrichtung der US-Handelspolitik entbrannt. Dabei werden die amerikanischen Befürworter von Freihandel und ungebremster Liberalisierung, allen voran Präsident Bush, zunehmend vor Rechtfertigungszwang gestellt. Der Verlust von fast zwei Millionen Industriearbeitsplätzen seit Amtsantritt Bushs und deren vermeintliche Verlagerung in Billiglohnländer im globalen Süden (Stichwort „Outsourcing and Offshoring“) war ein überraschend wichtiges Thema im Präsidentschaftswahlkampf des Spätherbstes 2004. In Folge sah es zum Jahresbeginn 2005 noch ganz so aus, als ob Präsident Bush eine Reihe von zentralen Vorlagen zu Handelsvereinbarungen und -gesetzen im Kongress verlieren könnte; u.a. eine Abstimmung über das Freihandelsabkommen mit Zentralamerika, eine Verlängerung der Handelsverhandlungsvollmacht des Präsidenten („trade promotion authority“) sowie eine Resolution über ein Verbleiben der USA in der Welthandelsorganisation und die US-chinesischen Handelsbeziehungen. Und das gerade zu einem Zeitpunkt, als mit dem Wechsel des bisherigen US-Handelsbeauftragten Robert Zoellick als Nummer Zwei ins US-Außenministerium der Posten des USTR (US-Trade Representative) für mehrere kritische Monate verwaist war, vor allem auch hinsichtlich von Initiativen zur Ankurbelung der ins Stocken geratenen Doha-WTO-Verhandlungsrunde.

Die Bush-Administration sah sich zu Anfang des Jahres einer wachsenden, zunehmenden überparteilichen Opposition von Demokraten und kritischen Republikanern gegenüber: Bezweifelt wurde vor allem der Nutzen einer US-Handelsstrategie, die möglichst weit reichende regionale und bilaterale Handelsvereinbarungen zusätzlich zu den wachsenden US-Verpflichtungen im Rahmen der WTO-Vereinbarungen abschließt, für die amerikanische Wirtschaft und den Erhalt amerikanischer Arbeitsplätze. Allein 2004 schlossen die Vereinigten Staaten bilaterale Handelsverträge mit Australien, Marocco und sechs zentralamerikanischen Staaten (CAFTA-DR) ab und befinden sich zur Jahresmitte 2005 in Verhandlungen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Oman, Panama und den Andenländern Kolumbien, Ecuador und Peru. Die Niederlage, die die USA im März vor dem WTO-Streitschlichtungsmechanismus in der Auseinandersetzung mit Brasilien um die Rechtmäßigkeit des von den USA mit rund 2,7 Milliarden US Dollar jährlich subventionierten einheimischen

Baumwollanbaus erlitt, (die erste im Bereich Landwirtschaft) bestärkte die Freihandelskritiker in ihrer Einschätzung, dass die US-Handelspolitik nicht nur vom WTO-Regelwerk profitiert, sondern auch zunehmend in ihrer Autonomie beschränkt wird. Diese WTO-Baumwollschlichtung verpflichtet die USA zu einer deutlichen Reduzierung ihrer Subventionen für diesen Sektor. Anfang Juli kündigte Präsident Bush im Zuge der Vorlage seines Haushaltsentwurfs für 2006 bereits massive Kürzungen an, die allerdings vom Kongress noch absegnet werden müssen.

Diese Skepsis verstärkte sich mit Blick auf die anstehende Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit sechs zentralamerikanischen Staaten. Die Initiative wurde für das Weiße Haus politisch umso wichtiger, weil sie nach dem Scheitern der Ministerkonferenz für eine gesamtamerikanische Freihandelszone (FTAA) im November 2003 die einzige Chance darstellt, ambitionierte US-Pläne für einen hemisphärischen Freihandelsblock am Leben zu erhalten. Obwohl bereits im Januar 2004 vereinbart und mit relativ geringem Handelsvolumen, wurde eine Kongressabstimmung über das Zentralamerikanischen Freihandelsabkommen (mit El Salvador, Nicaragua, Costa Rica, Honduras, Guatemala und zusätzlich der Dominikanischen Republik) mehrmals verschoben, da sich das Weiße Haus einer Zustimmung seiner republikanischen Kongressmehrheit nicht sicher sein konnte. Widerstand kam vor allem von Gewerkschaften, Umweltverbänden, aber auch von Interessenvertretungen der amerikanischen Landwirtschaft (besonders dem politisch einflussreichen Zuckersektor - Florida) und ihrer Verbündeten im Kongress. Dabei wurde eine erfolgreiche Abstimmung über CAFTA-DR zur ersten Bewährungsprobe für das Verhandlungsgeschick des Zoellick-Nachfolgers und neuem US-Handelsbeauftragten Rob Portman. Portman, ein langjähriger republikanischer Kongressabgeordneter aus Ohio und ehemaliger Vorsitzender der House Republican Leadership, war von Präsident Bush erst Ende April 2005 nominiert worden. Nachdem der US-Senat Ende Juni 2005 CAFTA-DR mit 54 zu 45 Stimmen bewilligt hatte, wird noch im Sommer auch vom Repräsentantenhaus eine wenn auch relativ knappe Zustimmung für das Handelsabkommen mit Zentralamerika erwartet.

Vor der Abstimmung über CAFTA-DR könnte allerdings eine Handelsgesetzesvorlage mit dem Ziel, China abzustrafen, auf der Sitzungsordnung des Repräsentantenhauses stehen. Dies würde vor allem zur Besänftigung republikanischer Kritiker im Repräsentantenhaus dienen, die vom Weißen Haus eine härtere Linie gegenüber China hinsichtlich dessen Währungspolitik und des enormen chinesischen Handelsüberschusses gegenüber den USA fordern.

Zum Sommer 2005 scheint die Bush-Administration damit ihr Handels-Momentum zumindest in einigen wichtigen Teilen wieder gefunden zu haben: Anfang Juli stimmte der US Kongress der Verlängerung der Handelsverhandlungsvollmacht des US-Präsidenten zu (die sonst bis Ende des Jahres ausgelaufen wäre), eine Resolution zum Austritt der USA aus der Welthandelsorganisation (WTO), war Anfang Juni zurückgewiesen und die amerikanische Mitgliedschaft in der WTO vom Kongress formell erneuert worden.

Auch im Hinblick auf die laufende WTO-Verhandlungsrunde scheint zum Sommer 2005 nach langer, fast einjähriger Stagnation (die hauptsächlich durch den Präsidentschaftswahlkampf und den verwaistem USTR-Posten bedingt war) im Frühsommer 2005 von amerikanischer Seite wieder Bewegung möglich. Im Rahmen des G8-Gipfes in Gleneagles signalisierte US-Präsident Bush die Bereitschaft der USA - allerdings nur im Konzert mit der EU - zur Abschaffung von Agrarexportsübungen bis 2010 im Rahmen der Doha-Entwicklungsrunde in den

laufenden WTO-Verhandlungen und erhöhte damit Hoffnungen für einen Erfolg des WTO-Ministertreffens in Hongkong im Dezember 2005. Zumindest die Reduktion von US-Subventionen für die einheimische Agrarwirtschaft ist in Zeiten eines wachsenden amerikanischen Haushaltsdefizits zwar politisch schwierig, aber unumgänglich.

3.3. Das Internationale Finanzsystem und US-Interessen

Das Jahr 2004 sah mit globalen Wachstumsraten um 5 Prozent eine weltweite Konjunkturbelebung, allerdings mit Schwachpunkten in der Euro-Zone und Japan. Auch wenn globale Finanzkrisen ausblieben, gab das vergangene Jahr im internationalen Finanzsystem Anlass zur Sorge. Zum Jahresende 2004 zerstörte die Tsunami-Katastrophe weite Regionen Südostasiens; enorme Wiederaufbauleistungen, finanzieller wie logistischer Art sind mittel- bis langfristig nötig. Gleichzeitig sorgten anhaltend hohe Rohölpreise für Anspannung, vor allem in rohstoffarmen Entwicklungsländern in Sub-Sahara Afrika, die weiterhin trotz teilweisem Schuldenerlass und Schuldenrestrukturierung in vielen Fällen noch weit von einer nachhaltigen Schuldenbelastung entfernt sind. Zahlungsbilanzdefizite, weiterhin hohe und instabile Ölpreise und steigende Zinssätze bergen für 2005 und 2006 nicht unerhebliche Risiken und könnten auch das globale Wirtschaftswachstum deutlich drücken.

Nicht zuletzt aufgrund der Bedeutung, die die Millenniumentwicklungsziele in der internationalen entwicklungspolitischen Debatte als beste globale Armutsbekämpfungsstrategie erlangten, wurden im Berichtszeitraum einige wichtige Fortschritte im Bereich Entschuldung und Entwicklungsfinanzierung erzielt. So einigten sich die führenden Industrienationen im Frühsommer 2005 etwa darauf, die multilateralen Schulden für 18 Entwicklungsländer, darunter 14 afrikanische Staaten, in Höhe von rund 40 Milliarden US Dollar zu erlassen, die diese Länder bei der Weltbank-Gruppe, dem IWF und der Afrikanischen Entwicklungsbank hatten. Die USA hatten bereits seit Jahren auf einen solchen multilateralen Schuldenerlass gedrängt, sahen sich aber der Skepsis der Europäer gegenüber, die dahinter einen Versuch der Bush-Administration vermuteten, die Weltbank-Gruppe finanziell ausbluten lassen zu wollen. Der vorgesehene Schuldenerlass durch die Weltbank soll durch zusätzliche Finanzeinlagen der Länder mit den größten Anteilen an der Weltbank ausgeglichen werden. Im Bereich Entwicklungsfinanzierung verpflichteten sich die G8 zu einer Verdoppelung ihrer Entwicklungshilfe für Sub-Sahara Afrika bis 2010. Im Laufe des vergangenen Berichtsjahres verpflichteten sich zudem einzelne EU-Länder, darunter Großbritannien und die Bundesrepublik, sowie die Gesamt-EU dazu, in einem Stufenplan den Anteil ihrer Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt bis 2020 auf 0.7 Prozent zu erhöhen. Die Bush-Administration verweigert sich aber weiterhin hartnäckig diesem langfristigen Ziel für Entwicklungshilfe, beispielsweise mit Hinweis auf die Position der USA als weltweit größtem Nettogeber von Entwicklungshilfe und auf weitere Leistungen (im militärischen Bereich oder Marktzugang für Produkte aus Entwicklungsländern), die ebenfalls entwicklungsfördernd seien.

Insgesamt hat sich im Berichtszeitraum damit in der Entwicklungsfinanzierung nicht zuletzt auch auf Druck der Vereinigten Staaten gerade innerhalb der Weltbank die Tendenz zu nichtzurückzahlbaren Finanzausschüssen anstelle von

Kreditlen deutlich verstärkt. IDA-14, die alle 3 Jahre stattfindende Bewilligung für Weltbank-Gelder für die ärmsten Entwicklungsländer, sah 2005 bereits einen deutlich höheren Prozentsatz an Geldern in Form von nichtzurückzahlbaren Zuschüssen und mit 34 Milliarden US Dollar eine 25 prozentige Mittelerhöhung. Ihre bilaterale Entwicklungshilfe haben die USA schon seit 2002 radikal restrukturiert. Dabei basiert die Idee des „Millennium Challenge Accounts“ auf massiven nichtzurückzahlbaren Zuschüssen für wenige Kundenländer, die in Wettbewerbsverfahren ermittelt werden und die wichtigen Voraussetzungen von good governance (Rechtstaatlichkeit, freie Marktwirtschaft, Demokratie etc.) erfüllen. Nachdem die Millennium Challenge Corporation 2003 gegründet und ausgestattet wurde, konnten nach langer Verzögerung im Frühjahr 2005 jetzt die ersten Übereinkünfte mit Madagaskar, Cap Verde und Nicaragua abgeschlossen werden.

Die Frage der Kohärenz der internationalen Organisationen Weltbank, IWF, WTO und die VN-Agenturen stellt sich in diesem Jahr mit dem Millenniumsauswertungsgipfel im September in New York, und in den Folgejahren vor allem auch in den globalen Bemühungen um die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs). So war wichtigster Tagesordnungspunkt des Entwicklungskomitees von IWF und Weltbank bei der Frühjahrstagung 2005 der Fortschritt bei den MDGs; zahlreiche IWF- und Weltbank-Maßnahmen setzen sich die Erfüllung der MDGs als wichtige Zielvorgaben. Besonderes Gewicht nehmen in diesem Zusammenhang neben Infrastrukturmaßnahmen vor allem auch Programme und Projekte ein, die sich mit Handelsliberalisierung beschäftigen, da die internationalen Organisationen durchgehend Handel als wichtigsten Entwicklungsmotor bewerten. In diesem Zusammenhang haben sowohl der IWF wie die Weltbank im Berichtszeitraum ihre Rolle und Expertisebildung im Bereich Internationaler Handel weiter ausgebaut. Beide Organisationen sind aktiv im Capacity-building für Entwicklungsländer in Koordination mit dem Sekretariat der WTO und diversen VN-Agenturen (Integrated Framework) engagiert. Tatsächlich ist die Weltbank weltweit der größte Anbieter von Capacity-building im Handelsbereich. Im Berichtszeitraum hat sich die Weltbank international zum Beispiel durch mehrere, breit gestreute Studien massiv in die laufenden Agrarverhandlungen im Rahmen der Doha-Verhandlungsrunde eingeschaltet. Auch die regionalen Entwicklungsbanken, gerade auch die in Washington ansässige Interamerikanische Entwicklungsbank, verstärken ihr Engagement in Handelsfragen.

60 Jahre nach ihrer Gründung auf der Konferenz von Bretton Woods, die sich im Herbst 2004 jährte, sind sowohl die Weltbank als auch der Internationale Währungsfonds weiterhin wesentliche Stützen des internationalen Finanzsystems. Anders als die gleichaltrigen Vereinten Nationen, die sich im Jahre 2005 in der wohl umfassendsten Reform ihrer Existenz befinden, zeigen sich die Bretton-Woods-Institutionen trotz massiver, weltweiter Kritik zivilgesellschaftlicher Organisationen relativ reformresistent. Grund dafür ist nicht zuletzt, dass sich die Vereinigten Staaten als wichtigster Anteilseigner beider Organisationen und einer daraus resultierenden außerordentlichen Einflussnahme (z.B. Sperrminorität für Satzungsänderungen beider Organisationen) bislang nicht an einer fundamentalen Änderung interessiert zeigten. Dies wurde nirgendwo deutlicher als in der Debatte um die Nachfolge des zur Jahresmitte 2005 ausgeschiedenen Weltbank-Präsidenten James Wolfensohn und der Nominierung und Durchsetzung von Paul Wolfowitz, dem ehemaligen stellvertretenden Pentagon-Chef durch die Bush-Administration. Wie bereits im Vorjahr bei der Bestellung des Spaniers Rodrigo Rato zum neuen IWF-Direktor führte auch die Diskussion um den neuen Weltbank-Präsidenten zu einer Neuauflage der Debatte um fehlende Demokratie und Rechenschaftspflicht

der Bretton Woods Institutionen bei der Bestimmung ihrer Führung. Unter dem Schlagwort „voice-and-vote“ setzten sich vor allem zivilgesellschaftliche Gruppen (die Entwicklungsländer überraschten eher durch ihr auffälliges Schweigen) dafür ein, dass Wolfensohns NachfolgerIn nicht wie traditionell vereinbart ein(e) AmerikanerIn, sondern einE hoch qualifizierte ExpertIn aus dem Südensein sollte...

Neben zivilgesellschaftlichen Beobachtern und Weltbank-Gegnern übten auch mehrere europäische Regierungen kaum verhüllte Kritik an der Entscheidung des US-Präsidenten. Dort wurde offen an der Fähigkeit von Wolfowitz als einem der Architekten der unilateralen US-Aktion im Irak gezweifelt, sich überzeugend zu einer multilateralen Entwicklungspolitik im globalen Interesse zu bekennen. Auch wenn letztlich das traditionelle und antiquierte transatlantische „Gentlemen Agreement“ in Sachen Bretton Wood hielt, sieht sich der neue Weltbank-Präsident Paul Wolfowitz mehr als jeder seiner bisherigen Vorgänger einem kollektiven Misstrauen (innerhalb der Institution wie international) gegenüber. Zum Ende des Berichtszeitraums ist er erst zu kurz im Amt, um bereits erste Linien seiner Amtsführung erkennen zu lassen. Aller Voraussicht nach wird Wolfowitz Schwerpunkte setzen in der Korruptions-Bekämpfung, der Förderung massiver Infrastrukturmaßnahmen, vor allem auch im Bereich der Rohstoffindustrien, der Betonung von Good Governance als Grundvoraussetzung für Weltbank-Kredite und -Förderung sowie im Bereich Handelspolitik auf der Förderung privatwirtschaftlicher Beteiligungen. Interessant dürfte werden, in welchem Maße sich die Weltbank in der Unterstützung für Wiederaufbaumaßnahmen in Postkonfliktländern und Krisenregionen engagiert, an denen die Vereinigten Staaten ein erhöhtes Interesse haben, bzw. selbst militärisch involviert sind.

4. Ausblick auf politische Situation und regionale Stiftungsarbeit

Die Außen- und Sicherheitspolitik werden in Washington auch in den kommenden Monaten von den zentralen Themen des vergangenen Jahres bestimmt sein. An vorderster Stelle stehen dabei die Entwicklung im Irak, der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die Verbreitung von Demokratie (insb. im Nahen und Mittleren Osten) und der Umgang mit „Schurkenstaaten“ sowie das zukünftige Verhältnis zu China. Die gemeinsame oder unterschiedliche Behandlung dieser Themen wird weiterhin der wesentliche Gradmesser für das Niveau der transatlantischen Beziehungen sein. Von besonderer Relevanz für die transatlantischen Beziehungen sind zudem die Entwicklungen innerhalb der EU, vor allem im Zusammenhang mit den Bundestagswahlen in Deutschland und mit Blick auf die kommenden Abstimmungen und das weitere Prozedere zur EU-Verfassung (u.a. Polen und Großbritannien).

Das Büro Washington wird daher den Bundestagswahlkampf intensiv begleiten, sowohl in den USA als auch in Deutschland. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Fortsetzung der Diskussion um die Zukunft der staatlichen Souveränität im Zusammenhang mit einer Reform des Völkerrechts sein. Auch die transatlantischen Beziehungen werden mit Besuchsprogrammen und Veranstaltungen, insb. mit Bezug auf gemeinsame Politikansätze gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten und gegenüber China in den kommenden Monaten eine zentrale Rolle in der Arbeit des Büros spielen.

Unsere zahlreiche Aktivitäten im Zusammenhang mit dem 10 Jährigen Massaker von Srebrenica haben auch deutlich gemacht, dass auf dem Balkan noch viele offene Fragen existieren, die die EU in transatlantischer Kooperation angehen sollte (Post-Dayton, Kosovo Status, Montenegro, Mazedonia etc). Im nächsten Jahr werden wir auch an diesen Themen weiterarbeiten und so die erfolgreiche Kooperationen im Zusammenhang mit Srebrenica Projekt weiter entwickeln.

Nicht zuletzt wird sich das Büro Washington mit der Zukunft der EU beschäftigen, im Zusammenhang mit der EU-Verfassung wie auch mit einem Besuchsprogramm zur EU-Nachbarschaftspolitik.

Im Bereich der Umwelt-, Energie- und Klimapolitik wird zudem der transatlantische Dialog zwischen deutschen Bundesländern und US-Bundesstaaten stehen, der zur Internationalen Konferenz zu erneuerbaren Energien im Juni 2004 ins Leben gerufen worden war. Als zentrale Akteure in Erneuerbaren Energien und Klimaschutz bleiben die Bundesstaaten für Europa von großer Bedeutung. Geplant ist im Vorfeld der 11. UNFCCC-Vertragsstaaten Konferenz in Montreal im Dezember 2005 ein transatlantischer Dialog zur Förderung und Finanzierung von Erneuerbaren Energien, der auch kanadische Provinzen mit einbeziehen wird.

2006 jährt sich die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl zum 20. Mal. Wie in Europa, wird die Heinrich Böll Stiftung auch in Nordamerika diesen Jahrestag aufgreifen, um die Zukunft der Atomenergie zu diskutieren. Auf beiden Seiten des Atlantiks erlebt die Nuklearenergie eine zumindest theoretische Renaissance als technologische Lösung der Klimakrise. Durch eine Diskussions- und Filmreihe will das Büro Washington Risiken und Perspektiven der Atomenergie ansprechen.

Im Rahmen des Stiftungsschwerpunktes Kyoto-Plus plant das Büro Washington für die erste Jahreshälfte 2006 in Zusammenarbeit mit der Stiftungszentrale, dem Büro Mexiko und dem European Climate Forum eine Konferenz zu Folgen von Klimawandel und Anpassungsstrategien in der Karibik. Hierzu sollen ein Workshop in Belize und in Florida stattfinden.

Die Ergebnisse des Millennium+5-Gipfels zur Reform der Vereinten Nationen greift das Büro Washington im Januar 2006 mit einer umfassenden Auswertungs- und Strategiekonferenz auf. Dort sollen Aspekte und Ziele der Heinrich Böll Stiftung und ihrer Partnerorganisationen bei der Begleitung der Reformumsetzung bestimmt werden.

Hinsichtlich des Schwerpunkts Internationaler Handel und Finanzen bestimmt die Weiterverhandlung der WTO-Doha-Entwicklungsrunde mit der für Ende 2005 in Hongkong erwarteten WTO-Ministertagung in Hongkong sowie dem erwarteten Abschluss der Runde bis Ende 2006 die Arbeit auch des Büros Washington in diesem Themenbereich, wobei vor allem die Bereiche Agrarverhandlungen, Dienstleistungen und Marktzugang, sowohl im transatlantischen wie im Nord-Süd-Kontext thematisiert werden sollen. Zusätzlich wird sich das Büro wie bereits in den Vorjahren weiterhin mit regionalen und bilateralen Freihandelsabkommen unter Federführung der Vereinigten Staaten beschäftigen. Dabei wird besonders eine Analyse der zur Jahresmitte 2005 in den USA ratifizierten Zentralamerikanischen Freihandelszone (CAFTA-DR), die Debatte um Realisierungschancen für eine Freihandelszone der Amerikas und die Begleitung eines bilateralen Handelsabkommens der USA mit Thailand in Zusammenarbeit mit dem Büro Chiang Mai im Mittelpunkt der Arbeit stehen.

Zusätzlich sollen außerdem die Herausforderungen des bilateralen US-chinesischen Handels für das Welthandelssystem analysiert werden. Innerhalb der Arbeit zu internationalen Finanzinstitutionen steht die Kohärenz der Agenden von IWF, Weltbank und WTO im Handelsbereich im Mittelpunkt. Neu soll als Bestandteil der Aktivitäten zu Globaler Sicherheit, Demokratieförderung und Menschenrechte die Arbeit der Weltbank in Post-Konfliktsituationen beobachtet werden. Relevant für die Gesamtstiftung ist im Jahr 2005/2006 auch die Analyse- und Projektarbeit der Weltbank in den Bereichen Energie, vor allem den Erneuerbaren Energien.

Als übergreifendes Thema wird die Aufgabe Geschlechtergerechtigkeit im nächsten Berichtszeitraum durch die Arbeit zum VN-Reformprozess, weiterhin durch aktive Berücksichtigung von Gender-Mainstreaming und genderrelevanten Aspekten in den Themenbereichen Außen- und Sicherheitspolitik, Krisenprävention, Internationaler Handel und Makroökonomie und Nachhaltige Entwicklung (hier gerade Energie und Klima) integrativ bearbeitet werden.

Anhang I:

Thematische Übersicht der Stiftungsaktivitäten in Nordamerika

Programmschwerpunkt: Transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik

25. bis 29. Juli 2004: Besuchsprogramm "Transatlantische politische Kommunikation" mit Konferenzteilnahme anlässlich des Demokratischen Parteitages in Boston:

Wesentlicher Bestandteil des deutsch-amerikanischen Dialogs ist die direkte politische Kommunikation zwischen politischen Entscheidungsträgern auf der Ebene der Parteien und parteinaher Organisationen. Solche Aktivitäten komplimentieren den offiziellen transatlantischen diplomatischen Austausch ebenso wie weit reichende zivilgesellschaftliche Kontakte zwischen Nichtregierungs- und Nichtparteiorganisationen. Wichtige Veranstaltungen im Prozess des deutsch-amerikanischen Austausches zwischen Parteien sind deshalb die alle vier Jahre im Vorfeld der US-Präsidentenwahlen stattfindenden Parteitage der beiden großen amerikanischen Parteien der Demokraten und Republikaner. Aus Anlass des diesjährigen Nominierungsparteitages der Demokraten vom 25. bis 29. Juli in Boston organisierte das Büro Washington der Heinrich-Böll-Stiftung im gleichen Zeitraum ein Besucherprogramm mit Konferenzteilnahme am Parteitag für VertreterInnen von Bündnis 90/Die Grünen sowie der Heinrich-Böll-Stiftung als grünnaher Stiftung.

30. Oktober -4. November 2004: Zwei Diskussionsveranstaltungen im Kontext der US-Präsidentenwahlen vom 2. November 2004:

Im Kontext des US-Präsidentenwahlkampfes fanden im Herbst 2004 zwei Diskussionsveranstaltungen statt. Dies betraf zum einen eine Veranstaltung mit einer Gruppe deutscher Journalisten im Rahmen eines Besuchsprogramms von INVENT für diese Gruppe. Bei der Diskussion wurden verschiedene Themen der Wahl aus Perspektive des Büros Washington der Heinrich Böll Stiftung dargelegt und anschließend von Steve Clemons (New America Foundation) und Andrew Oros (Political Science Department, the Washington College) kommentiert. Weiterhin fand eine Dinner Diskussion mit den EP-Abgeordneten Cem Özdemir und Claude Turmes statt im Kreis von Think Tank, State Department, Botschafts- und NGO-VertreterInnen, bei dem die europäischen Reaktionen auf den Ausgang der US-Wahlen analysiert wurden.

5.-9. November 2004, Besuchsprogramm der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, Marianne Birthler

Anlässlich des Besuchs der Bundesbeauftragten veranstaltete das Büro Washington zwei Veranstaltungen:

- 15 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer - Erfahrungen der Aufarbeitung der Vergangenheit und Versöhnung in Deutschland. Veranstaltung in Kooperation mit AICGS (American Institute for Contemporary German Studies)
- Fortsetzung des Dialogs mit Irakern und Experten zum Thema Transitional Justice und Vergangenheitsaufarbeitung (in Kooperation mit dem United States Institute of Peace): Nach Ende des Hussein-Regimes im Irak wurde von ExpertInnen der Iraq-Memory Foundation der Stand der Sicherung und Aufarbeitung von Geheimdienstunterlagen im Irak dargelegt und Möglichkeiten der Aufarbeitung unter Berücksichtigung von Erfahrungen in anderen Übergangsgesellschaften bzw. ehemaligen Diktaturen diskutiert.

9. November 2004, Podiumsdiskussion in Kooperation mit der New Atlantic Initiative (NAI) zum Thema: Turkey in the European Union: Consequences for Europe

Im Rahmen einer Diskussion mit MEP Joost Lagendijk und Jonathan Davidson von der Delegation der Europäischen Kommission sowie Zeyno Baran (Nixon Center) und Radek Sikorski (NAI) wurde die Europäische Debatte zur möglichen Aufnahme von Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei nach der Vorstellung des Türkei-Fortschrittsberichts der EU Kommission vom Oktober 2004 beleuchtet. Ziel der Debatte war es, die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einflüsse einer EU-Mitgliedschaft der Türkei zu diskutieren und die Bedenken innerhalb Europas herauszustellen.

16. Dezember 2004, Dinner Diskussion mit Dr. Michael Schaefer, Politischer Direktor des Auswärtigen Amtes, und Think Tank VertreterInnen zu Chancen und Herausforderungen der transatlantischen Agenda in der zweiten Amtszeit von US-Präsident George Bush.

Im Mittelpunkt einer Diskussion, an der hochrangige VertreterInnen des State Department, Congress-Mitarbeiter sowie Think-Tank-VertreterInnen anwesend waren, stand die Aufgabe Europas, die transatlantische Agenda zum Thema Iran, dem Nahen und Mittleren Osten sowie Russland in der zweiten Amtszeit Bushs aktiver zu gestalten.

1.-6. Februar 2005, Besuchsprogramm mit Reinhard Bütikofer, Parteivorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen

Im Anschluss an die Wiederwahl von George W. Bush veranstaltete das Büro ein mehrtägiges Besuchs- und Veranstaltungsprogramm mit Reinhard Bütikofer. In einer Reihe von Einzelgesprächen sowie halböffentlichen und öffentlichen Diskussionsveranstaltungen wurde dabei die transatlantische Agenda für die kommenden Jahre diskutiert, so v.a. eine gemeinsame strategische Vorgehensweise im Nahen und Mittleren Osten und mögliche transatlantische Initiativen gegenüber Russland und China beraten. Zudem wurde die Diskussion über transatlantische Ziele für den Bereich Energiepolitik fortgeführt und vertieft.

13.-22. Februar 2005, Besuchsprogramm von VertreterInnen US-amerikanischer Indianer in Deutschland

In Anknüpfung an eine Reise von Raoul Rubio, Vertreter der Washoe Indian Nation, im Jahr 2002 nach Deutschland, veranstaltete das Büro ein Besuchsprogramm in Deutschland, insbesondere mit dem Ziel, die strategische Kooperation zwischen der HSB und deutschen Grünen mit dem US-Kongress zu vertiefen. Dies betraf insbesondere den African American, den Latin American und den Native American Caucus sowie Schlüsselpersonen in der Demokratischen Partei. Bei dem Besuch wurden in erster Linie unterschiedliche Erfahrungen mit den Themen Migration, Bürgerrechte, Umweltpolitik und wirtschaftliche Kooperation in Deutschland und in den USA ausgetauscht.

19.-25. Februar 2005, Besuchsprogramm mit Bastian Hermisson, Referent der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen

Im Anschluss an den Besuch von Präsident George W. Bush und Condoleeza Rice in der EU besuchte der Referent der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Bastian Hermisson, Washington, DC, um über die europäische Rezeption des Besuches, sowie die Themen Irak, Iran und Zukunft der UN-Institutionen aus deutscher Sicht zu referieren.

6.-21. März 2005, Besuchsprogramm von Harry Wu nach Deutschland

Auf Einladung des Büros besuchte Harry Wu Deutschland und die Schweiz. Im Rahmen der Reise fanden zahlreiche Gespräche mit VertreterInnen von Politik, Wissenschaft und Lobbygruppen zu menschenrechtlichen und wirtschaftlichen Themen statt. Zudem besuchte Herr Wu mehrere Sitzungen der Menschenrechtskommission in Genf.

7.-13. März 2005, Besuchsprogramm Zypern

Nach der positiven Entscheidung der EU, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen, thematisierte das Büro im Rahmen dieses Besuchsprogramms die zukünftige politische Entwicklung auf Zypern, insbesondere den Annan-Plansowie weitere mögliche Szenarien. Dazu wurden vier türkische Zypernexperten nach Washington eingeladen, um Gespräche mit VertreterInnen der Administration, von Think Tanks und Universitäten zu führen.

Mai - September 2005, Diskussionsreihe und Publikation zur Zukunft der staatlichen Souveränität

Im Rahmen der Debatten um die Reform der Vereinten Nationen und insbesondere um das Konzept der „Responsibility to Protect“, veranstaltet das Büro von Mai bis September 2005 drei Diskussionsveranstaltungen mit Völkerrechtsexperten aus Nordamerika und Europa zur Zukunft der staatlichen Souveränität. Die Vorträge der ReferentInnen werden im Anschluss an die Diskussionsreihe veröffentlicht. Die Veranstaltungen werden im Einzelnen die Themen „Souveränität im 21. Jahrhundert“, „Souveränität und globale Sicherheit“ sowie „Souveränität und Menschenrechte“ zum Inhalt haben.

23.-27. Mai 2005, Besuchsprogramm Naher Osten

In der außenpolitischen Debatte in den USA spielen die Entwicklungen im Nahen Osten weiterhin eine zentrale Rolle. Die Liberalisierung und/oder Demokratisierung in Ländern der Region bietet zugleich Anknüpfungspunkte für gemeinsame transatlantische Initiativen. Um mögliche gemeinsame Initiativen von VertreterInnen aus Ländern der Region, der EU und den USA zu diskutieren, lud das Büro in Kooperation mit den Büros Beirut und Ramallah drei VertreterInnen der Zivilgesellschaft aus Syrien, Libanon und den palästinensischen Gebieten zu politischen Gesprächen mit Nah- und Mittelost-Experten von Think-Tanks, Administration und Universitäten ein.

7.7.-10.7. 2005, Besuchsprogramm zum grünen Parteitag

Zur Beobachtung der politischen Situation in Deutschland im Vorfeld der voraussichtlich vorgezogenen Bundestagswahlen begleitete die Direktorin des Büros Helga Flores-Trejo Carl Lankowski als Vertreter des US-State Department zu politischen Gesprächen nach Berlin. Herr Lankowski besuchte weiterhin den Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen zur Verabschiedung des Wahlprogramms.

Programmschwerpunkt: Transatlantische Umweltpolitik

23. September 2004, Diskussionsveranstaltung „The EU Emissions Trading Scheme: Implementation, Experience, and Opportunity for Transatlantic Climate Cooperation“, Washington DC

Nach Abschluss der Umsetzung des EU-Emissionshandels und der nationalen Allokationspläne veranstaltete das Büro im Rahmen des transatlantischen Klimadialogs mit dem Center for Transatlantic Relations eine Diskussion zu den Perspektiven einer internationalen Beteiligung von US-Bundesstaaten und kanadischen Provinzen am EU-Emissionshandelssystem. Die Veranstaltung war ein Beitrag zur nordamerikanischen Debatte um regionale Emissionshandelsmechanismen und um ein kanadisches Modell.

Dezember 2004, Publikation: „Approaches - Challenges - Potentials: Renewable Energy and Climate Change Policies in US-States and German Länder“

Aufgrund großer Nachfrage und zum Abschluss der Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien legte das Büro Washington die entsprechende Publikation von 2003 erneut auf und ergänzte sie um ein Kapitel zu den Ergebnissen von Renewables 2004 aus der US-Bundesstaatsperspektive. Auf diese Weise wurden die Resultate der Stiftungsarbeit mit den US-Bundesstaaten und den deutschen Bundesländern im Bereich Erneuerbare Energien ausgewertet und aufbereitet.

18. Januar 2005, Diskussionsveranstaltung „A Transatlantic Dialogue: How Canada, Germany and the United States Can Work Together on Climate Change“

Im Rahmen des transatlantischen Dialogs zu Klimapolitik lud das Büro Washington Jean Boutet, den Klima-Berater des kanadischen Umweltministers Stéphane Dion nach zu einer Diskussionsveranstaltung mit Abendessen ein. Jean Boutet bewertete die Ergebnisse der 10. UN-Klima-Vertragsstaatenkonferenz in Buenos Aires aus kanadischer Sicht, stellte den kanadischen Klimaschutzplan vor und erläuterte Kanada's Pläne, die 11. Vertragsstaatenkonferenz auszurichten. In diesem Zusammenhang ging es um die Frage, wie Kanada, Deutschland und die Vereinigten Staaten verstärkt im Klimaschutz kooperieren können.

15. März 2005, Diskussionsveranstaltung „German-Chinese Cooperation in Renewable Energies - Implications for Transatlantic and Global Climate and Security Policies“

Zum Besuch Markus Kurdziels, Leiter des Erneuerbaren Energie-Bereichs der Deutschen Energie Agentur veranstaltete das Büro Washington eine Diskussionsveranstaltung zur deutsch-chinesischen Energie-Kooperation und ihre Auswirkungen auf die globale Klima- und Sicherheitspolitik. Mit einem Kreis ausgewählter Gäste diskutierte Markus Kurdziel die Möglichkeiten einer transatlantischen China-Politik im Energiebereich.

22. März 2005, NGO-Strategietreffen „Creating Momentum for Montréal: Briefing and Roundtable Discussion on NGO strategies toward the 11th UNFCCC Conference of the Parties (COP-11) in Montréal“

Aus Anlass des Besuchs von Uwe Fritsche, Öko-Institut, Deutschland, und Hugo Séguin, Equiterre, Kanada, veranstaltete das Büro Washington gemeinsam mit World Wildlife Fund USA ein zivilgesellschaftliches Strategietreffen zu den Vorbereitungen der Klimakonferenz von Montreal. Während Uwe Fritsche deutsche Erwartungen an eine transatlantische NGO-Strategie vorstellte, erläuterte Hugo Séguin die Vorbereitungen und Zielsetzungen kanadischer NGOs in Kooperation mit der internationalen NGO-Gemeinschaft. Equiterre ist Koordinator der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten während COP 11.

23. März 2005, Filmvorführung und Diskussion „Changing Life in a Changing Climate“ zum Dokumentarfilm „Climate on the Edge“

In Zusammenarbeit mit dem Washingtoner Goethe-Institut zeigte das Büro Washington den kanadischen Dokumentarfilm „Climate on the Edge“ und diskutierte gemeinsam mit den Gästen Uwe Fritsche, Öko-Institut Deutschland, Hugo Séguin, Equiterre Kanada sowie David Hales, Worldwatch Institute, gesellschaftliche Auswirkungen des Klimawandels sowie gesellschaftliche Strategien zur Verhinderung eines Klimawandels.

Mai 2005, Buch-Nachdruck „Global Environmental Governance - Options and Opportunities“

Im Vorfeld einer Konferenz der deutschen Bundesregierung zu einer Weltumweltorganisation druckte das Büro Washington das erfolgreiche Buch „Global Environmental Governance - Options and Opportunities“ in Zusammenarbeit mit der School of Environmental Law der Yale University nach, welches erstmals im Jahr 2002 zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung veröffentlicht worden war. Seither ist das Buch eines der führenden wissenschaftlichen Werke zur Reform der internationalen Umwelt-Governance geworden.

Programmschwerpunkt: Nachhaltige Entwicklung

21. bis 23. Oktober 2004, Konferenz „Building the Eco-City: Today's Cities for Tomorrow's Generations“, Montreal, Canada

Als Teil der WSSD-Implementierung und dem CSD-Schwerpunkt von Wasser und Human Settlements arbeitete das Büro Washington mit dem Canadian Environmental Network zur dreitägigen Konferenz „Building the Eco-City: Today's Cities for Tomorrow's Generations“ zusammen. Insbesondere lud die Stiftung dazu ExpertInnen und StiftungspartnerInnen aus Afrika und Lateinamerika ein. Ziel der Konferenz war es, die nachhaltige Entwicklung von Städten zu beleuchten und Erfahrungen in Entwicklungsländern und Industrieländern auszutauschen. Die Ergebnisse flossen in die

zivilgesellschaftliche Arbeit zur UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung 2005 ein und bilden ein Element des World Urban Forums 2006, welches in Vancouver, Kanada stattfinden wird.

17. Februar 2005, Informationsveranstaltung für Parlamentarier „Looking Ahead: Global Energy and Security Issues Confronting the Next US-Congress and the New Administration“

In Kooperation mit Physicians for Social Responsibility, führte die Heinrich Böll Stiftung Washington DC eine Podiumsdiskussion mit Abgeordneten des US-Kongresses und zivilgesellschaftlichen Experten zu Energie- und Sicherheitsfragen durch. Dabei ging es um die Auswirkungen amerikanischer Energiepolitik auf die nationale wie auch internationale Sicherheit. Internationales Fallbeispiel war Nigeria als zentraler US-Wirtschaftspartner. Der Stiftungspartner, David Ugolor, African Network for Environmental and Economic Justice (ANEJ) nahm als Sprecher an der Veranstaltung teil und führte einige zusätzliche Gespräche in Washington DC durch.

20. April 2005, Veranstaltung zur 13. VN Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) „State of the World ~ Global Security Briefing“, New York

Gemeinsam mit dem Worldwatch Institut führte das Büro Washington eine Podiumsdiskussion zur Veröffentlichung des Buchs „State of the World - Global Security“ des Worldwatch Instituts durch, dessen deutsche Ausgabe in Zusammenarbeit mit der Heinrich Böll Stiftung erstellt wird. Zu den SprecherInnen zählten der deutsche Umweltminister Jürgen Trittin, der Direktor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, Klaus Töpfer, sowie die Stiftungspartner Patricia Kameri-Mbote, International Center for Environmental Law and Research, Kenia, sowie Gidon Bromberg, Friends of the Earth Middle East, Israel.

20. April 2005, Veranstaltung zur 13. VN Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) „Making Progress on Principle 10 - Public Participation in the Implementation of the Johannesburg Plan of Action“, New York

In Zusammenarbeit mit dem World Resources Institute und der israelischen NGO-Koalition für nachhaltige Entwicklung organisierte das Büro Washington eine Diskussionsveranstaltung zur zivilgesellschaftlichen Beteiligung an nationalen und internationalen Nachhaltigkeitsprozessen. Diese Diskussion baute auf den Aktivitäten der Stiftung zu NGO-Beteiligung während des Johannesburg-Gipfels (WSSD) auf sowie auf den bisherigen Ergebnissen der WSSD-Partnership for Principle 10, die die Beteiligung auf nationaler Ebene implementiert.

22. April 2005, Veranstaltung zur 13. VN Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) „Water & Global Security: Integrating Environmental Peacemaking in the Reforms of the United Nations“, New York

Im Rahmen des VN-Reformgipfels im September 2005 führte das Büro Washington in Zusammenarbeit mit UNEP, der United Nations Foundation, dem Worldwatch Institut und dem Woodrow Wilson International Center for Scholars eine Diskussionsveranstaltung zu den Zusammenhängen von Umwelt, Entwicklung und Sicherheit im Bereich Wasser durch. Ziel der Veranstaltung war es, die Rolle der Vereinten Nationen bei der Schaffung globaler Sicherheit zu beleuchten, und die Vorschläge des VN-Generalsekretärs des Berichts „In Lager Freedom“ zur Integration von Umwelt- und Entwicklungsbelangen in die globale Sicherheitsdebatte aufzugreifen.

Programmschwerpunkt Internationale Struktur-, Handels- und Finanzpolitik

21. Juli 2004, Förderung eines Fachreferenten aus Lesotho zur US-Senatsanhörung zum Lesotho Highland Water Projekt sowie ein Empfang mit Diskussion, Washington, DC

Im Rahmen einer Senatsanhörung des Ausschusses für Internationale Beziehungen zur Rechenschaftspflicht und Überwachung multilateraler Entwicklungsbanken förderte das Büro Washington die Teilnahme von Guido Penzhorn aus Südafrika, der als Rechtsberater der Regierung von Lesotho gegen die Weltbank im Zusammenhang mit Korruptionsanschuldigungen beim Weltbank-Projekt „Lesotho Highland Water Project“ tätig ist. Die Aussage von Guido Penzhorn stellte eine einmalige Gelegenheit dar, vor dem amerikanischen Gesetzgeber die Diskussion darüber zu fördern, dass Korruptionsfälle auch in internationalen Organisationen und nicht nur in unterentwickelten Ländern im Zusammenhang mit Entwicklungshilfeprojekten vorkommen. Im Anschluss an die Senatsanhörung lud das Büro Washington Vertreter von zivilgesellschaftlichen Gruppen, der Weltbank und der US-Regierung zu einem Empfang mit Diskussion ein.

29. September 2004, Diskussionsveranstaltung zu „Gender and Post-Conflict Reconstruction: The World Bank Track Record“ im Rahmen der IWF/Weltbank-Herbsttagung, Washington, DC

Zusammen mit Gender Action und Women Waging Peace organisierte das Büro Washington im September 2004 eine Diskussion über Genderimplikationen der Wiederaufbauarbeit der Weltbank in Nachkriegsländern, an der rund 200 InteressentInnen teilnahmen. SprecherInnen betonten wie wichtig es für dauerhaften Frieden ist, ungleiche Geschlechterrollen, langfristig zu transformieren, die Behandlung von psychologischen und physischen Traumata in der Aufbauarbeit zu

berücksichtigen und Sozialkapital für eine Gesellschaft mit Respekt für alle aufzubauen, wobei frauenspezifische Aktivitäten bisherige Geschlechterungleichheiten ausgleichen müssen.

Dezember 2004, Publikation „Integrating Human Rights into the Future of Agriculture Trade“

In Zusammenarbeit mit der Handels- und Menschenrechtsorganisation 3D veröffentlichte das Büro Washington eine Publikation, die den Menschenrechtsdiskurs und die zivilgesellschaftliche Debatte zu Handels- und Globalisierungsfragen im Bereich Landwirtschaft zu vereinen sucht, da gerade die Liberalisierung von landwirtschaftlichen Handel für die Gültigkeit von Menschenrechten weit reichende Implikationen hat. Die Verbreitung der Publikation diente gleichzeitig dem Netzwerkaufbau zwischen Zivilgesellschaftsorganisationen im Menschenrechts-, Entwicklungs- und Handelsbereich im Vorfeld der WTO-Ministerkonferenz in Hong Kong in 2005.

6. April 2005, Diskussionsveranstaltung mit Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft Renate Künast und afrikanischen StudentInnen über Ernährungssouveränität in Afrika, Washington, DC

Im Rahmen eines Washington-Besuchs der Bundesministerin veranstaltete das Büro Washington in Zusammenarbeit mit der Washingtoner Howard University, an der überproportional viele ausländische StudentInnen aus Sub-Sahara Afrika immatrikuliert sind, eine Diskussionsveranstaltung zum Ziel der Ernährungssouveränität für Afrika. Die Diskussionsrunde ging dabei vor allem auch auf die von Deutschland mit initiierte Erklärung zur Ernährungssouveränität bei der Welternährungsorganisation ein sowie die Hemmnisse globaler Strukturpolitik (vor allem das gegenwärtige Handelssystem und die Benutzung von Nahrungsmitteln und Nahrungsmittelhilfe als politische Waffe in Entwicklungsländern und Seitens der Geberländer), die die Ernährungssicherheit sowie den Lebensunterhalt von Millionen Menschen bedrohen.

7. April 2005, Veranstaltung mit Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft Renate Künast zum Thema „How to Fight Hunger and Poverty: Is Agricultural Trade Liberalization the Solution?“, Washington, DC

In Zusammenarbeit mit dem Center for Global Development und dem German Marshall Fund of the United States hatte das Büro Washington zu einer hochrangig besetzten öffentlichen Podiumsdiskussion zum Beitrag von Agrarmarkliberalisierung zur Bekämpfung von Hunger und Armut eingeladen, an der fast 200 Interessierte teilnahmen. ReferentInnen waren neben Ministerin Künast Bill Cline und Nancy Birdsall vom Center for Global Development, Donald Mitchell von der Weltbank und Evandro Didonet von der Botschaft Brasiliens. Das Transkript der Veranstaltung ist über liane@boell.org bei Interesse erhältlich.

14. April 2005, Diskussionsveranstaltung zum Thema: The Budget Woes of Developing Countries: Can They Afford More Trade Liberalization?“, Washington, DC

Anknüpfend an eine Reihe von Aktivitäten zum Zusammenhang zwischen Finanzen und Handel, veranstaltete das Büro Washington zusammen mit dem Center of Concern im Vorfeld der IWF-Weltbank-Frühjahrstagung eine Diskussionsveranstaltung, die die Frage beleuchtete ob es sich Entwicklungsländer angesichts erhöhter Erwartungen an Sozialausgaben zur Erfüllung der Millenniumsentwicklungsziele fiskalisch leisten können, auf sinkende Handelstariffseinnahmen als Folge von Handelsliberalisierung zu verzichten. Ausgangspunkt für die Diskussion war ein Arbeitspapier des IWF-Ökonom Thomas Dalsgaard, der die ärmsten Entwicklungsländer zur Vorsicht mahnte; Antoine Heuty von der UNDP, Rosario Guzman von der philippinischen IBON Foundation und Sony Kapoor aus Indien argumentierten ebenfalls, dass Handelsliberalisierung viele EL fiskalisch schlechter stellt, ohne dass sich die Vorteile gesteigerter Importe und Exporte für die Bevölkerung dieser Länder im notwendigen Masse materialisiert.

14. April 2005, Diskussionsrunde zum Thema: „On the Road to Hong Kong - Challenges and Opportunities for International Trade Negotiations and the WTO,“ Washington, DC

Aus Anlass des Washington-Besuchs der HBS-Führung mit Barbara Unmüßig und Klaus Linsenmeier veranstaltete das Büro Washington eine Diskussionsveranstaltung mit VertreterInnen internationaler NROen sowie von Weltbank, IWF und US Kongress zur Situation der laufenden WTO-Verhandlungsrunde, der Aussichten der Doha Entwicklungsagenda, der Notwendigkeit für eine WTO-Reform sowie der Vorausschau auf die anstehende WTO-Ministerkonferenz in Hongkong zum Ende 2005.

18. April 2005, Diskussionsveranstaltung zum Thema: „Innovative Financing Instruments - Financing Development with a View to Reaching the MDGs“, New York

Am Rande des Treffens der VN-ECOSOC mit VertreterInnen von IWF und Weltbank im Rahmen des Nachfolgeprozesses zur Monterrey VN-Entwicklungsfinanzierungskonferenz veranstaltete das Büro mit Fachleuten aus internationalen NRO-Netzwerken, den Bretton Woods Institutionen sowie der VN eine Diskussionsrunde, in der das Für und Wider neuer Finanzierungsinstrumente wie globaler Steuern (Devisenumsatzsteuer, Besteuerung von Luftraum oder Flugverkehr) oder der internationalen

Finanzierungsfazität hinsichtlich Bereitstellung zusätzlicher öffentlicher Entwicklungshilfe zur Förderung der Erreichung der Millenniumentwicklungsziele in den ärmsten Nationen analysiert wurde.

Zum gleichen Thema hat das Büro Washington übrigens eine Kurzstudie beim indischen Wirtschaftswissenschaftler Sony Kapoor in Auftrag gegeben, die im Juli vorgelegt wurde und auf unserer Website www.boell.org oder auf Anfrage bei liane@boell.org erhältlich ist.

19. April 2005, Fachkonferenz zum Thema „Towards Fairer Food and Agriculture Markets“ im Rahmen des Transatlantischen Konsumerdialogs, Washington, DC

Das Büro Washington kooperierte mit den im Transatlantischen Konsumerdialog (TACD) organisierten NROen IATP und Consumer International, um im Rahmen der jährlichen Zusammenkunft des TACD eine eintägige Fachkonferenz zum Thema gerechte Agrarmärkte durchzuführen, an der ca. 100 Interessierte teilnahmen, jüngste Entwicklungen in der US- und EU-Agrarpolitik, sowie ihre Auswirkungen auf die laufenden Agrarverhandlungen im Rahmen der WTO-Doha-Runde diskutiert und Vorschläge für ein Ende der schädlichen Praxis des Dumping landwirtschaftlicher Überproduktion im Norden auf Märkte südlicher Entwicklungsländer gemacht.

Programmschwerpunkt Genderdemokratie

29. September 2004, Diskussionsveranstaltung zu „Gender and Post-Conflict Reconstruction: The World Bank Track Record“ im Rahmen der IWF/Weltbank-Herbsttagung, Washington, DC

Zusammen mit Gender Action und Women Waging Peace organisierte das Büro Washington im September 2004 eine Diskussion über Genderimplikationen der Wiederaufbauarbeit der Weltbank in Nachkriegsländern, an der rund 200 InteressentInnen teilnahmen. SprecherInnen betonten wie wichtig es für dauerhaften Frieden ist, ungleiche Geschlechterrollen, langfristig zu transformieren, die Behandlung von psychologischen und physischen Traumata in der Aufbauarbeit zu berücksichtigen und Sozialkapital für eine Gesellschaft mit Respekt für alle aufzubauen, wobei frauenspezifische Aktivitäten bisherige Geschlechterungleichheiten ausgleichen müssen.

3.-4. Dezember 2004, Konsultations- und Strategiefindungstreffen zu Peking +10 und Millennium-Entwicklungszielen in Kooperation mit UNIFEM, Millennium Campaign und UNDP, New York

Ziel der vom Büro Washington in Kooperation mit UNIFEM und Millennium Campaign konzipierten und durchgeführten Konsultation, die rund 30 VertreterInnen von internationalen Frauennetzwerken und internationalen Organisationen in New York zusammenbrachte, war es einerseits die Gleichstellungsrechte, wie in Peking verhandelt, verstärkt in den Prozess um die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) einzubringen und andererseits Strategien hinsichtlich der Nutzung des Peking Prozesses als Plattform zur besseren Implementierung der MDGs zu entwickeln.

Dezember 2004, Nachdruck der Publikation „Reforming the World Bank: Does the Gender Strategy Make a Difference?“

In Zusammenarbeit mit der internationalen NGO Gender Action hatte das Büro Washington Anfang 2004 eine Studie herausgebracht, die erste ihrer Art, die sich kritisch mit den Chancen und Herausforderungen für eine Implementierung der Gender Mainstreaming Strategie der Weltbank auseinandersetzte. Die Nachfrage nach dieser Publikation war so groß, dass die Studie überarbeitet und aktualisiert und neugedruckt wurde.

16. Dezember 2004, Abendveranstaltung mit Diskussion zum Thema „Gender and Post-Conflict Reconstruction: The Role of International Finance Institutions“, Washington, DC

Diese Diskussionsveranstaltung im kleinen ExpertInnenkreis baute auf die erfolgreiche öffentliche Veranstaltung zu einem ähnlichen Thema im September auf und diente der Entwicklung einer Strategie der Böll Stiftung und ihrer KooperationspartnerInnen zur verstärkten Kooperation bei der thematischen Verknüpfung der Aktionsfelder Gender, Entwicklungspolitik und Konfliktlösung. Anwesend waren VertreterInnen von Weltbank, Woodrow Wilson Center, UNIFEM, USAID, Women Waging Peace, African Development Bank und Kroc Institute for International Peace.

27. Februar bis 11 März 2005, BesucherInnengruppe zur CSW 49 (Peking +10) in New York

Das Büro Washington organisierte und koordinierte die Beteiligung von Böll-PartnerInnen an der 49. Sitzung der Commission on the Status of Women (CSW), dem Nachfolgeprozess der VN-Weltfrauenkonferenz, die in diesem Jahr als Auswertungsgipfel der im Verlauf der vergangenen 10 Jahre seit der Pekinger Weltfrauenkonferenz 1995 erreichten Erfolge fungierte und Gründe für Implementierungsstillstand bzw. -Verfehlungen analysierte. Im Rahmen der Besuchsreise organisierte das Büro u.a. eine Dinner-Diskussion der internationalen Böll-PartnerInnen mit VertreterInnen der deutschen Delegation zum Thema Bilanz von Peking +10. Zudem wurde ein

zusammenfassender Bericht zu den Ergebnissen der CSW 49 verfasst, der unter www.boell.org bzw. über liane@boell.org abrufbar ist.

9. März 2005, Zivilgesellschaftliches Strategietreffen zum Thema „Beijing +10, the MDGs and the Way Forward“, New York

Im Rahmen der CSW 49 organisierte das Büro Washington ein Strategietreffen für VertreterInnen internationaler Frauen-, Gender- und Feministischer Gruppen mit dem Ziel, die Begleitung und Involvierung dieser Gruppen in dem MDG-Prozess zu stärken und zu koordinieren. Dies war gleichzeitig eine Follow-Up-Initiative zu dem im Dezember in Kooperation mit UNIFEM und UNDP organisierten Konsultationstreffen zum gleichen Thema. Rund 40 VertreterInnen aller relevanten internationalen Gender- und Frauengruppen waren vertreten. Ein konkretes Ergebnis war die inhaltliche wie personelle Stärkung der Feministischen Arbeitsgruppe in der internationalen zivilgesellschaftlichen Kampagne „Global Call for Action Against Poverty“ (G-CAP), sowie die Organisation feministischen Inputs in die Anhörungen und Vorschläge zum Millenniumsauswertungsgipfel und zur VN-Reform.

Als Folgeaktivität förderte das Büro Washington bis zum Abschluss des Millenniumsauswertungsgipfels die Arbeit einer Genderkoordinatorin für das G-CAP, um sicherzustellen, dass geschlechterspezifische Anliegen hochrangig in die internationale G-CAP-Mobilisierung einfließen.

Programmschwerpunkt Menschenrechte und Friedenspolitik

5.-6. Oktober 2004, Konferenzförderung „Public Policy and Citizen Participation in Security Sector Reform“ mit dem Institute for Strategic Studies und Public Policy (IEEPP) in Managua, Nicaragua

Das Washington Büro förderte die Beteiligung einer Nicaragua-Expertin, die in der jungen Demokratie Nicaragua als Wahlbeobachterin gearbeitet hatte, an einer Konferenz in Managua, in der Nichtregierungsorganisationen und staatliche Vertreter erstmalig über notwendige sicherheits- und verteidigungspolitische Sektorreformen diskutierten, um sicherheits- und verteidigungspolitische Institutionen in Nicaragua kontrollierbarer, transparenter und verantwortungsbewusster machen zu können.

15. Dezember 2004, Diskussionsveranstaltung zu Sicherheit, Demokratie und Entwicklung in der Westlichen Hemisphäre, Washington, DC

In Kooperation mit dem Washington Office on Latin America (WOLA) und dem Center for International Policy veranstaltete das Büro Washington eine Diskussionsrunde in deren Mittelpunkt die Frage von Sicherheit und Stabilität in Lateinamerika stand, insbesondere, inwieweit Drogenhandel und organisiertes Verbrechen und seine Beziehungen zu internationalem Terrorismus die Bemühungen in der Region zur Förderung von Demokratie, Reduzierung von Armut und Schutz der Umwelt unterminieren. Die Podiumsdiskussion analysierte nicht nur die Gefahren sondern debattierte konkrete Handlungsschritte, in den USA und den jeweiligen lateinamerikanischen Ländern, um den Anbau und Handel mit illegalen Drogen in der Region zu unterbinden.

Dezember 2004, Publikation „Inclusive Security, Sustainable Peace: A Toolkit for Advocacy“

Das Büro Washington unterstützte die Publikation „*Inclusive Security, Sustainable Peace: A Toolkit for Advocacy*“ der NRO Women Waging Peace, die sich direkt und Friedensaktivistinnen in Konfliktregionen der Welt wendet. Die Publikation will Frauen in Krisengebieten die Handlungswerkzeuge geben, sich in der politischen Debatte um Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung auf lokaler, nationaler wie internationaler Ebene gezielt einzubringen, um dadurch Gender spezifischen Anliegen Gehör zu verschaffen.

14. Juni 2005, Ausstellungseröffnung mit Empfang für „Srebrenica – Remembrance for the Future“ aus Anlass der Aktivitäten zum Gedenken zum 10. Jahrestag des Massakers in Srebrenica im US Senat, Washington, DC

Zum Auftakt der Washington Aktivitäten zum Gedenken an das Massaker in Srebrenica vor zehn Jahren eröffnete das Büro in der Rotunda des Senate Russell Gebäudes eine Photo-Ausstellung, deren Präsentation im US Kongress von Senator Joseph Biden Jr. gesponsert wurde. Ehrengast des Empfangs zur Ausstellungseröffnung im Senate war Carla Del Ponte, die Chefanklägerin des Internationalen Tribunals für das ehemalige Jugoslawien (ICTY). Die Ausstellung in der Russell Rotunda wurde vom 13. bis 17. Juni gezeigt und wurde – auch von der Presse – hervorragend rezipiert.

21. Juni 2005, Workshop „Gender Implications of Post-Conflict Reconstruction“ im Rahmen eines internationalen Fachkongresses des Institute for Women’s Policy Research, Washington, DC

Aufbauend auf Aktivitäten in Kooperation mit Gender Action und Women Waging Peace im Berichtszeitraum zum gleichen Themenkomplex, organisierte das Büro Washington einen Workshop zum Thema geschlechtsspezifische Auswirkungen von Wiederaufbaumaßnahmen in Post-Konfliktsituationen, wobei besonders die Situation in Ruanda beleuchtet wurde. Die ReferentInnen verwiesen dabei vor allem auf die Notwendigkeit einer „engenderten makroökonomischen Aufbaustrategie“ im Rahmen wirtschaftlicher Wiederaufbauhilfe durch Einzelstaaten und internationale Organisationen wie VN-Agenturen und die Weltbank.

22. Juni 2005, Filmvorführung und Diskussion zum Film „Justice Unseen“ im Rahmen der Aktivitäten zum 10. Gedenktag des Massakers in Srebrenica, Washington, DC

In Kooperation mit dem Goethe-Institut Washington zeigte das Büro Washington den Film „Justice Unseen“ der die Arbeit des Internationalen Tribunals für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) kritisch reflektiert. Filmmacher Refik Hodzic war anwesend und stellte sich den Fragen des Publikums.

23. Juni 2005, Filmvorführung „A Cry from the Grave“ und anschließende Podiumsdiskussion im Rahmen der Aktivitäten zum 10. Gedenktag des Massakers in Srebrenica im US Holocaust Memorial Museum, Washington, DC

In Kooperation mit dem US Holocaust Memorial Museum zeigte das Büro Washington vor knapp 400 Zuschauern die BBC/PBS-Dokumentation „A Cry from the Grave“. In einer anschließenden Podiumsdiskussion mit dem US-Journalisten Mark Danner, Elvir Mujic (Überlebender des Massakers) und niederländischen Professor Jan Willem Honig ging es um Lehren aus dem Versagen der internationalen Völkergemeinschaft und die Frage, wie eine Aufarbeitung den Opfern einerseits und ähnlichen Herausforderungen in der Zukunft gerecht werden kann.

27. Juni 2005, Ausstellungseröffnung und Podiumsdiskussion „Srebrenica - Remembrance for the Future“ an der Georgetown Universität, Washington, DC

Die vom Regionalbüro der HBS in Sarajevo zusammengestellte Photo-Ausstellung zum Gedenken an das Massaker in Srebrenica wurde vom 27. Juni bis 1. Juli auch an der Georgetown Universität gezeigt. Zum Auftakt der Präsentation dort beleuchtete eine Diskussion mit Beba Hadzic (Bosfam), einer Selbsthilfegruppe von Frauen in Bosnien, Iain Guest (Advocacy Project) und Suleiman Giddo (Darfur Peace and Development Organisation die Situation der Flüchtlinge, nämlich der Rückkehrer in Bosnien und Srebrenica einerseits, sowie der vom Völkermord im Sudan bedrohten Bevölkerung der Region Darfur andererseits.

1. bis 5. Juli 2005, Ausstellung „Srebrenica - Remembrance for the Future“ am Rande der OSZE Parlamentarischen Versammlung in Washington, DC

Auf Einladung des US-Abgeordneten Chris Smith zeugte das Büro Washington die vom Regionalbüro der HBS in Sarajevo zusammengestellte Photo-Ausstellung zum Gedenken an das Massaker in Srebrenica 1995 am Rande der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Washington und erreichte damit mehr als 350 ParlamentarierInnen aus mehr als 30 Ländern.

Anhang II:

Publikationen und Webseiten der Heinrich Böll Stiftung Nordamerika

Publikation „Linking Environment and Security: Conflict Prevention and Peacemaking in East and Horn of Africa“

Als Ergebnis eines Besuchsprogramm der Büros Washington und Nairobi mit fünf Umwelt- und SicherheitsexpertInnen aus Congo, Kenia, Somalia und Sudan veröffentlichte das Büro Washington Beiträge der TeilnehmerInnen zu den Zusammenhängen von regionaler Sicherheit in Ost- und im Horn von Afrika und Umweltschutz. Zu den AutorInnen zählen Steve Lonergan, UNEP (Nairobi), Geoff Dabelko, Woodrow Wilson International Center for Scholars (Washington DC), Sascha Müller-Kraenner, Heinrich Böll Stiftung (Berlin), Patricia Kameri-Mbote, International Environmental Law Research Center (Nairobi), Ochieng Kamughayi, Institute for Diplomacy and International Studies (Nairobi), Pauline Riak, Sudanese Women's Association in Nairobi, Aseghedech Ghirmazion, Heinrich Böll Stiftung (Nairobi).

Studie „Reforming the World Bank: Will the New Gender Mainstreaming Strategy Make a Difference?“

Die Studie ist eine kritische Analyse der bisherigen Erfolge und Fehlschläge bei der Implementierung der neuen Gender-Mainstreaming Strategie und wurde im Sommer 2005 in einer neuen, überarbeiteten Version aufgelegt. Die Studie, die von Elaine Zuckerman und Wu Qing im Auftrag des Washingtoner Büros erstellt wurde, zeigt überzeugend die Hürden und Hemmnisse auf, die die Personal- wie Projektstruktur innerhalb der Weltbank einer vorbehaltlosen Integration eines Gendermainstreaming-Ansatzes entgegensetzt. Die Studie argumentiert auch, dass Gendermainstreaming innerhalb von Weltbank-Projekten und -Handelsmandaten nur dann Erfolg haben kann, wenn sie auch die makroökonomische Politiksetzung mit beinhaltet.

Policy Paper „The Search for Common Democratic Standards Through International Law“

Dieses programmatische Policy Paper von Miguel Gonzalez Marcos analysiert die Rolle, die internationales Recht bei der Förderung und Ausbreitung demokratischer Werte und Standards spielt. Es argumentiert das aufgrund der Interdependenz und Kooperation unter Staaten die Regierungsführung einer Nation längst nicht mehr innere Angelegenheit des betreffenden Staates ist sondern weit reichende Implikationen für die Sicherheit anderer Ländern sowie des internationalen Systems hat. Dieses gewachsene Verständnis geht einher mit dem Recht der Bürger jedes Staates, die Berücksichtigung einer demokratischen Regierungsführung erwarten zu können - mit Auswirkungen für die tatsächliche Souveränität eines individuellen Landes.

Studie „Transitioning to Renewable Energy: An Analytical Framework for Creating an Enabling Environment“

In Vorbereitung zur Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien vom 1. bis 4. Juni 2004 in Bonn gab das Büro Washington im Juli 2003 beim International Institute for Energy Conservation (IIEC) eine Studie in Auftrag, welche existierende politische Initiativen, Programme und Institutionen zur Förderung von erneuerbaren Energien in Entwicklungsländern untersucht und vergleicht. Dazu wurden Brasilien, Indien, die Philippinen, Südafrika und Thailand ausgewählt. Die Studie wurde von Mitarbeitern in IIEC-Regionalbüros in Zusammenarbeit mit regionalen Mitarbeitern der Stiftung durchgeführt und wurde im Frühjahr 2004 veröffentlicht.

Publikation: „Globalization and the Environment - Lessons from the Americas“

In Zusammenarbeit mit der *Working Group on Development and Environment in the Americas* und der *Tufts University* hat das Büro Washington diese Zusammenstellung von Länderstudien zu den Auswirkungen von Globalisierung und Handelsliberalisierung auf die Umwelt veröffentlicht. Die Studien sind Teil eines längerfristigen Forschungsprojekts, welches vom brasilianischen Umweltministerium und der Tuft University durchgeführt, sowie vom Rockefeller Brothers Fund, der Charles Stewart Mott Foundation und der Heinrich Böll Stiftung unterstützt wird. Im Sommer 2005 wurde die Studie jetzt auch in Spanisch aufgelegt und gedruckt und ist auf Wunsch erhältlich.

Policy Paper: „Financing Development Towards the MDGs - What Needs to Be Done?“

Dieses Policy Paper des Wirtschafts- und Finanzexperten Sony Kapoor gibt einen Überblick über die Optionen und neueren Vorschläge von innovativen Finanzinstrumenten (Devisenumsatzsteuer und Umweltsteuern, internationale Finanzierungsfazilität) einerseits wie politischen Reformmassnahmen (die Aushebelung von Steueroasen) und Regierungsinitiativen andererseits (Schuldenerlass), die

gegenwärtig im Zusammenhang mit der Mobilisierung zusätzlicher öffentlicher Gelder für die Finanzierung der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele diskutiert werden. In seinem Policy Paper analysiert Sony, welche Vorschläge und Initiativen kurz- und mittelfristig politisch realisierbar sind, bzw. deren jeweilige Vor- und Nachteile. Das 60-Seiten Papier in Englisch ist über www.boell.org bzw. bei liane@boell.org erhältlich.